

Sonderwirtschaftszonen in China

Andreas Tank

Kassel, den 18.02.2002



**U N I K A S S E L
V E R S I T Ä T**

Inhalt

Abbildungs- und Abkürzungsverzeichnis, Umrechnungskurse	04
1. Ein Land – zwei Systeme	05
1.1 Einleitung	05
1.2 Konzeption	06
2. Reformierung des maoistischen Wirtschaftssystems	08
2.1 Meilensteine maoistischer Wirtschaftsbemühungen	08
2.2 Postmaoistische Reformierung der chinesischen Wirtschaft	09
3. Sonderwirtschaftszonen in der Volksrepublik China	11
3.1 Investitionsanreize in den SWZs	11
3.2 Standortwahl im Kontext der politischen Zielsetzung	13
3.2.1 Shenzhen.....	13
3.2.2 Zhuhai.....	14
3.2.3 Shantou	14
3.2.4 Xiamen	14
3.3 Die Entwicklung der SWZs am Beispiel von Shenzhen	16
3.3.1 Infrastrukturelle Investitionen	17
3.3.2 Ausländische Direktinvestitionen	18
3.3.3 Bevölkerungsentwicklung	20
3.3.4 Bruttoinlandsprodukt.....	21
3.3.5 Arbeitsmarktentwicklung	23
3.3.6 Unternehmen mit Auslandskapital.....	25

3.3.7 Internationaler Handel.....	26
3.3.8 Unternehmensstruktur	27
4. Der Preis der postmaoistischen Reformpolitik	30
4.1 Soziale und regionale Polarisierung	30
4.2 Arbeitsbedingungen.....	33
4.3 Umweltschutz.....	34
5. Resümee und Ausblick	38
Literaturverzeichnis.....	42

Abbildungsverzeichnis

I	Das Finanz- und Verwaltungszentrum von Shenzhen	16
II	Herkunft der Infrastrukturinvestitionen	17
III	Ausländische Direktinvestitionen in Shenzhen.....	18
IV	Sektorale Verteilung ausländischer Direktinvestitionen.....	19
V,VI	Herkunft ausländischer Investitionen.....	19/20
VII	Einwohnerzahlen von Shenzhen	21
VIII	Entwicklung des realen BIP im primären, sekundären und tertiären Sektor	22
IX	Prozentuale Anteile der drei Sektoren am BIP.....	23
X	Beschäftigungsentwicklung	25
XI	Anteile an den Gesamtbeschäftigten	25
XII	Handel von ausländischen Unternehmen in China	26
XIII	Handel von ausländischen Unternehmen in Shenzhen.....	26
XIV	Exporte und Importe von Shenzhen	27
XV	Entwicklung der Export- und Importanteile Shenzhens am chinesischen Außenhandel	27

Abkürzungsverzeichnis

ABBAsea Brown Boveri
BFAIBundesagentur für Außenwirtschaft
BPBBundeszentrale für politische Bildung
CSYChina Statistical Yearbook
FDIForeign Direct Investment
FFEForeign Founded Enterprises
MOFERTMinistry of Foreign Economic Relations and Trade
SEZSpecial Economic Zones
SWZSonderwirtschaftszonen
SZSYBShenzhen Statistical Yearbook
TVETownship and Village Enterprises
WTOWelthandelsorganisation (World Trade Organization)

Umrechnungskurse

Chin. Yuan in US-Dollar: 0,12097

Chin. Yuan in Euro: 0,13551

Quelle: Deutsche Bank, 18.02.2002: 1

1. Ein Land – zwei Systeme

1.1 Einleitung

„Ein Land – zwei Systeme“ – mit dieser Parole läutete der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Deng Xiaoping im Jahre 1979 eine neue Phase der chinesischen Politik ein. Mit der Abkehr von den maoistischen Zielen der kommunistischen Planwirtschaft und der Autarkie, erhielten die Provinzen Guangdong und Fujian wirtschaftliche Sonderrechte für marktwirtschaftliche Reformexperimente und die außenwirtschaftliche Integration. Für die Durchführung dieses Experimentes, „die chinesische Planwirtschaft rationalen Wirtschaftsabläufen anzupassen und den Kriterien ökonomischer Effizienz zu unterwerfen“ (Vetter, 1983: 57), wurden in den genannten Provinzen Sonderwirtschaftszonen gegründet, welche ausländisches Kapital in Form von Investitionen, Technologien und Wissen anziehen sollten. Die Sonderwirtschaftszonen nahmen und nehmen eine Schlüsselrolle in der Transformation und Modernisierung des chinesischen Wirtschaftssystems ein und etablierten sich seit der Gründung als wichtigstes Intermedium zwischen der chinesischen Wirtschaft und den Weltmärkten.

Mit dieser neuen Politik setzte Deng Xiaoping „seine Landsleute in eine Zeitmaschine, die alle Entwicklungen, die wir oder auch der asiatische Nachbar Japan in 150 Jahren bewältigten, nun in 15 Jahren durchraste“ (Ederer/Franzen, 1996: 260). Und bereits kurz nach der Gründung der Sonderwirtschaftszonen wies die chinesische Volkswirtschaft wiederholt die weltweit höchsten Wachstumsraten auf. Während die USA, Japan und Europa mit Marktsättigung und Rezession zu kämpfen haben, gilt China aus Sicht zahlreicher Ökonomen als Motor der gesamten Weltwirtschaft.

Dabei wird die Erinnerung an das Reich der Mitte wieder lebendig, an ein China, welches, bis auf die letzten beiden Jahrhunderte, über 2000 Jahre reicher und mächtiger war als alle anderen Länder Asiens, und welches das Zentrum der Weltregion Asiens darstellte. China ist in wenigen Jahren von der Peripherie in das Zentrum der internationalen Politik gerückt.

Allerdings haben die in den Sonderwirtschaftszonen umgesetzten Wirtschaftsreformen nicht nur ökonomische Vorteile, sondern insbesondere auch Nachteile in sozialer und ökologischer Hinsicht. So ist beispielsweise sowohl die Einkommensdifferenz zwischen Arm und Reich, als auch die Polarisierung zwischen Stadt und Land erheblich gestiegen. Durch inhumane Arbeitsbedingungen, welche nicht zuletzt durch Bestechung von korrupten Sicherheitsinspektoren „gestattet“ werden, ereignen sich zahlreiche Betriebsunfälle und es

kommt zu einer hohen Anzahl von Toten: „statt des erhofften Reichtums finden Viele (...) Arbeitsbedingungen vor, die an den Manchesterkapitalismus des vergangenen Jahrhunderts erinnern“ (Bork, 1997: 53).

Neben der sozialen Problematik spielt ebenso die Umweltfrage eine bedeutende Rolle als Schattenseite des rasanten wirtschaftlichen Aufschwungs. China ist in dieser Frage mit einer besonderen Größenordnung konfrontiert, denn die chinesische Gesellschaft muss sich gleichzeitig mit Problemen auseinandersetzen, die in der Entwicklung der Industriestaaten aufeinander folgten: mit Ressourcenzerstörung aufgrund vorindustrieller Übernutzung und der Belastung der Umwelt durch Schadstoffemissionen aus Produktion und Konsum.

1.2 Konzeption

Sowohl die wirtschaftlichen Erfolge, als auch die sozialen und ökologischen Problematiken der in den achtziger Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen des Deng Xiaoping werden in den folgenden Kapiteln analysiert.

Als Grundlage werden dazu im zweiten Kapitel die Meilensteine der maoistischen Wirtschaftspolitik wie der „Große Sprung nach vorn“ und die „Große Proletarische Kulturrevolution“ erläutert und untersucht, welche Auswirkungen diese auf China hatten. Im Anschluss daran werden die Prinzipien und Ziele der postmaoistischen Wirtschaftsreformen wie die Öffnung Chinas, die Transformation und Modernisierung des Wirtschaftssystems oder der Import von ausländischem Kapital vorgestellt.

Wie die Umsetzung dieser Ziele innerhalb der Sonderwirtschaftszonen konkret aussieht, wird im anschließenden dritten Kapitel verdeutlicht. Zu Beginn werden die ökonomischen Anreize aufgeführt, die Ausländer dazu bewegen sollen, in den Sonderwirtschaftszonen zu investieren. In der darauffolgenden Präsentation der gewählten Standorte für die ersten chinesischen Sonderwirtschaftszonen wird die Hegemonie der politischen Zielsetzung bei der Standortwahl herausgearbeitet, bevor die Entwicklung der Sonderwirtschaftszonen am Beispiel der erfolgreichsten Zone analysiert wird.

Zu Beginn wird der Aspekt der zur Errichtung der Zonen notwendigen Infrastrukturinvestitionen betrachtet. Daran anschließend folgt eine Analyse der Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen, bevor der Einfluss dieser auf die Bevölkerungsentwicklung der Sonderwirtschaftszonen dargestellt wird.

Daraufhin folgt die Betrachtung des Bruttoinlandsproduktes und der diesbezüglichen Transformation innerhalb der drei Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung. Analog zu dieser Transformation wird darauf folgend die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt innerhalb der Sonderwirtschaftszonen analysiert und die Stellung von Unternehmen mit Auslandskapitalanteil aufgezeigt. Ebenso wird die Rolle dieser Unternehmungen bei der Institutionalisierung eines chinesischen Außenhandels vorgestellt und abschließend auf den Aspekt der Unternehmensstruktur eingegangen, der unter anderem Zielkonflikte und steuerliche Komponenten beleuchtet.

Im vierten Kapitel wird daraufhin untersucht, welche negativen Entwicklungen und Problematiken die erläuterten wirtschaftlichen Erfolge mit sich bringen. Dabei wird zum einen der Aspekt der sozialen und regionalen Polarisierung vorgestellt und die Gefahren, die sich daraus für den nationalen Zusammenhalt ergeben. Weiterhin werden die Arbeitsbedingungen in den Sonderwirtschaftszonen beleuchtet und deren Rolle in Bezug auf die wirtschaftlichen Erfolge dargestellt. Daran anschließend wird der Aspekt des Umweltschutzes und die diesbezüglichen Problematiken und Risiken vorgestellt.

Abschließend wird im fünften Kapitel ein Fazit gezogen und die Zukunftsaussichten Chinas und insbesondere die der Sonderwirtschaftszonen im Sinne einer ganzheitlichen nachhaltigen Entwicklung mit den Säulen Wirtschaft, Soziales und Umwelt analysiert.

2. Reformierung des maoistischen Wirtschaftssystems

2.1 Meilensteine maoistischer Wirtschaftsbemühungen

Die wirtschaftspolitischen Bestrebungen des Mao Zedong, der im Jahre 1945 zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gewählt wurde, sind geprägt durch den Versuch, revolutionären Wandel – im Sinne der Realisierung einer kommunistischen Gesellschaft – und ökonomisches Wachstum zu vereinen (vgl. Vetter, 1983: 11).

So wurde beispielsweise im Jahre 1957 die Kampagne **Der Große Sprung nach vorn** implementiert, in der die chinesische Industrie in nur fünfzehn Jahren westliches Niveau erreichen sollte. Um dieses zu erzielen, wurden Arbeiter zum Aufbau von Fabriken aus der Landwirtschaft abgezogen und in ländlichen Gebieten Volkskommunen eingerichtet. Analog zur kommunistischen Prämisse der Gleichheit der Menschen wurde nur noch in staatlichen Kantinen gegessen und die Kindererziehung von staatlichen Kindergärten übernommen. Der gesamte Alltag wurde bis zur Einrichtung von gemeinsamen Schlafsälen kollektiviert (vgl. Chen, 2001: 49). Jedoch führten zum einen die Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen und zum anderen die Vernachlässigung des Agrarsektors zu enormen Einbrüchen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion. In der Folge dieser Fehlentwicklung kam es zu Hungersnöten und Millionen Chinesen fanden den Hungertod (vgl. Schüller, 2000: 139).

Mao trat im April 1959 zugunsten seines innerparteilichen Gegenspielers Liu Shaoqi als Staatspräsident zurück, behielt jedoch den Parteivorsitz. Liu konnte innerhalb von wenigen Jahren die chinesische Wirtschaft durch „rechte“ Wirtschaftsansätze wie Lohn nach Leistung, Wirtschaftlichkeit und Effizienz konsolidieren.

Jedoch entwickelten sich Klassenunterschiede zwischen Arm und Reich, die konträr zur von Mao propagierten „klassenlosen Gesellschaft“ standen. Um der Tendenz zum Kapitalismus entgegenzuwirken und seinen Machteinfluss wieder zu vergrößern, setzte Mao 1965 die **Große Proletarische Kulturrevolution** in Gang. Deren Zielsetzung bestand in der Zerschlagung der „Vier Alt“, worunter alte Ideen, alte Sitten, alte Kultur und alte Gebräuche subsummiert wurden. Diese Kampagnen blieben nicht ohne Auswirkung auf die chinesische Ökonomie: die Planungs- und Kontrollinstanzen wurden gelähmt und die wirtschaftliche Entwicklung behindert. Zudem ging die Produktion in den Staatsbetrieben zurück und es kam zu schwerwiegenden Beeinträchtigungen der Infrastruktur. Nachhaltigen Schaden nahm die

Wirtschaft schließlich durch die Verhaftungen und Ermordungen zahlreicher Intellektueller, Wissenschaftler und Fachkräfte.

Erst nach dem Eingriff der Armee stabilisierten sich die Verhältnisse wieder und nach 1972 deutete sich eine grundlegende wirtschaftspolitische Wende an, die nach dem Tode Maos im September 1976 forciert wurde (vgl. Chen, 2001: 49ff).

2.2 Postmaoistische Reformierung der chinesischen Wirtschaft

Nachdem sich die maoistischen Anstrengungen als „erfolglos und vergeblich“ (Vetter, 1983: 11) erwiesen hatten, wurden durch das Zentralkomitee der Volksrepublik China im Dezember 1978 grundlegende Reformen zur Modernisierung des chinesischen Wirtschaftssystems beschlossen (vgl. BPB, 1990: 37). Diese standen unter der maßgeblichen Leitung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping, der im Gegensatz zu Mao die Meinung vertrat, dass es unerheblich sei, ob die Modernisierung des chinesischen Wirtschaftssystems nach plan- oder marktwirtschaftlichen Kriterien erfolge: „Es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, Hauptsache, sie fängt Mäuse“ (Krott, 1999: 13).

Dieses bedeutet konkret, dass die maoistische Theorie, nach der eine Verbesserung der gesellschaftlichen Situation einzig durch Klassenkampf und Gleichheitsbestrebungen zu realisieren ist, abgelöst wurde. Erstmals erklärte eine chinesische Regierung die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft zur vornehmlichen Aufgabe (vgl. Taube/Gälli, 1997: 1). Um dieses Ziel zu erreichen wurde die Theorie des Klassenkampfes durch Modernisierungsbemühungen, das Ziel der Gleichheit durch Leistungsdenken und die Autarkiepolitik durch intensive Kontakte mit dem Ausland ersetzt (vgl. BPB, 1990: 32).

Schon 1976 hatte Deng Xiaoping erkannt, dass die Modernisierung der Industrie weder mit eigenen finanziellen Mitteln, noch mit eigenem Fachwissen zu schaffen sei. Dabei ist insbesondere der Mangel an technologischer Fachkompetenz nicht zuletzt auf die maoistische Kulturrevolution zurückzuführen. Analog zum Leitmotiv „Reform nach Innen, Öffnung nach Außen“ (Friedrich, 2000: 120) kritisierte Deng folglich die maoistische Autarkiepolitik: „Wir müssen auf den Prinzipien der Unabhängigkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft beharren und die Philosophie des sklavischen Lernens vom Ausland und des langsamen Hinterherhinkens bekämpfen. Aber wir dürfen nicht eingebildet sein, unsere Türen vor allen verschließen und uns weigern, vom Ausland zu lernen. Ein industriell rückständiges Land

muss, um die industriell entwickelten Länder einzuholen, fortschrittliche Technologie einsetzen. Wir müssen ebenso verfahren“ (Kuntze: 1979: 149).

Die gleiche Ansicht vertrat der bis 1976 amtierende chinesische Ministerpräsident Zhou Enlai, der in Bezug auf ausländische Technologien folgende Prinzipien aufgestellt hat: „Man muss sie erstens studieren, zweitens anwenden, drittens ihre Vorzüge und Mängel kritisch analysieren und viertens sie verbessern“ (Zhou, 1978: 20). Mit diesem Prozedere hatte Japan als erstes asiatisches Land den Anschluss an die fortgeschrittene Technik und Wissenschaft des Westens geschafft: europäische und amerikanische Patente wurden gekauft, das Fachwissen studiert und verarbeitet, um schließlich noch bessere Patente zu verkaufen (vgl. Kuntze, 1979: 102). Analog zu Japan sollte folglich der Import fortschrittlicher Technologien ebenso der chinesischen Industrie als Initialzündung dienen.

Eine weitere Legitimation lieferte die Pekinger Tageszeitung „Guangming“ im Jahre 1978, die unter dem Titel „Studiert fleißig die guten Erfahrungen des ausländischen Managements“ publizierte, dass „es in der Sphäre wirtschaftlicher Planung einige wesentliche Parallelen zwischen dem „kapitalistischen Monopolbetrieb“ und der „sozialistischen Planwirtschaft“ gebe und es somit auch gerechtfertigt sei, bestimmte „Methoden des wissenschaftlichen Managements“ für China nutzbar zu machen“ (Vetter, 1983: 62).

Um das benötigte internationale Kapital zur Modernisierung des chinesischen Wirtschaftssystems in die Volksrepublik (VR) China umzuleiten, entschied sich die chinesische Regierung, Sonderwirtschaftszonen (SWZ) zu errichten.

3. Sonderwirtschaftszonen in der Volksrepublik China

3.1 Investitionsanreize in den SWZs

Wirtschaftliche Sonderzonen (engl.: SEZ – Special Economic Zones) haben ihren Ursprung im Jahre 1934. Zu diesem Zeitpunkt wurde in den Vereinigten Staaten von Amerika ein Gesetz erlassen, welches die Umwandlung von 300 Städten in **Freihandelszonen** erlaubte, in denen Importgüter von der Besteuerung freigestellt waren. Die Grundidee von Freihandelszonen besteht darin, Regelungen und Begrenzungen aufzuheben, die Investitionen und damit verbunden das Wirtschaftswachstum behindern:

„In general, SEZs are aimed at promoting foreign trade, diversifying the production of exportable and overcoming structural balance of payments pressures, importing modern technology and know – how, and improving supply conditions on the domestic market. Furthermore, positive employment effects as well as positive spill – overs to the rest of the economy evolving backward and forward linkages are expected.“ (Ahrens/Meyer-Baudeck, 1995: 88)

Folglich wurden auch in China besondere Verordnungen entworfen, die für die Anziehung ausländischer Investoren und für die Gründung und den Betrieb von Gemeinschaftsunternehmen („Joint Venture“) zwischen chinesischen Unternehmen und ausländischen Investoren angesehen wurden. Artikel 4 der Bestimmungen der Volksrepublik China in Bezug auf die in der Provinz Guangdong gelegenen Sonderwirtschaftszonen, welche im August 1980 eingerichtet wurden, verdeutlicht diese Intention:

„**Article 4** In the special zones investors are offered a wide scope of operation, favourable conditions for such operation are created, and stable business sites are guaranteed. All items of industry, agriculture, livestock breeding, fish breeding and poultry farming, tourism, housing and construction, research and manufacture involving high technologies and techniques that have positive significance in international economic cooperation and technical exchanges, as well as other trades of common interest to investors and the Chinese side, can be established with foreign investment or in joint ventures with Chinese investment.“ (BFAI, 1986: 95)

Die grundlegenden Regeln wurden von der Unternehmensberatung Arthur Andersen wie folgt zusammengefasst (vgl. Arthur Andersen, 1986: 131-135):

1. Befreiung oder Senkung von Importzöllen auf importierte Maschinen und Ausrüstungen, Ersatzteile, Rohmaterialien sowie Transportausrüstungen, die für die Produktion benötigt werden.
2. Ein Standardeinkommenssteuersatz von 15% und keine örtliche Zusatzsteuer.

3. Ein gewisser Prozentsatz der in den SWZs produzierten Güter kann auf dem chinesischen Markt abgesetzt werden.
4. Regelungen für die Landnutzung von zwischen 20 bis 50 Jahren, abhängig von der Art der Nutzung. Normalerweise betragen die Maximalzeiten für die Landwirtschaft, die Viehzucht und den Handel 20 Jahre; für die Industrie sowie für den Tourismus 30 Jahre; für Wohnzwecke oder die Erziehung, wissenschaftliche Technologie und Medizin 50 Jahre.
5. Die Landnutzungsgebühren hängen von der Art und der Länge der Nutzung ab. In den SWZs können sie um 30-50% verringert werden. Die Landnutzungsgebühr wird normalerweise alle drei Jahre angepasst.
6. Falls eine Investition in den Bereichen Erziehung, Kultur, Wissenschaft, Medizin oder soziale Dienste getätigt wird, so wird die Landnutzungsrate bevorzugt behandelt. Falls solche Investitionen nicht gewinnorientiert sind, so kann die Befreiung von der Landnutzungsrate gewährt werden.
7. Die Zahlung der jährlichen Landnutzungsgebühr kann in einer einzigen Zahlung oder in einer Zahlung innerhalb von zwei Jahren ohne Zinsen getätigt werden. Die Zahlung kann auch über Jahre mit einem gewissen Zinssatz verteilt werden.
8. Die Kosten für Rohmaterialien, Maschinen und Ausrüstungen sowie anderen Produkten, die in China hergestellt werden, können den Unternehmen in den SWZs auf der Basis einer Vorzugsbehandlung im Verhältnis zum Exportpreis berechnet werden.
9. Ausländische Besucher oder Überseechinesen können spezielle Einreisegenehmigungen erhalten, falls sie in den SWZs investieren oder falls sie dort Wohnraum kaufen.
10. Transportfahrzeuge können Sondergenehmigungen erhalten, falls sie zwischen den SWZs und Hongkong und Macao verkehren.
11. Niedrige und stabile Kosten für Arbeitsdienstleistungen sowie für die Miete von Fabrikgebäuden werden zugestanden.
12. Die Gewinne nach Steuern können in das Ausland transferiert werden.

Neben den wirtschaftspolitischen Zielen wurden Sonderwirtschaftszonen allerdings auch oft mit dem Ziel errichtet, liberalere Wirtschaftspolitiken im Sinne eines „ökonomischen Experimentierlabors“ auszuprobieren. Diese Absicht verfolgte auch Deng Xiaoping bei der Einrichtung der chinesischen Sonderwirtschaftszonen: bei erfolgreichem Ablauf des Experimentes, werde es im ganzen Lande angewendet; gehe es jedoch schief, „wäre zumindest der Schaden begrenzt und weit weg von Beijing“ (Krott, 1999: 20).

3.2 Standortwahl im Kontext der politischen Zielsetzung

Für die ersten chinesischen Sonderwirtschaftszonen wurden in der Tat dezentrale und unbekannte Standorte in den südlichen Provinzen der Volksrepublik Guangdong und Fujian gewählt: „Shenzhen, Zhuhai, Shantou und Xiamen [waren] in Bezug auf den politischen Status, die geographische Lage, den historischen Hintergrund, die industrielle und landwirtschaftliche Basis sowie in Bezug auf die Bevölkerung Orte von geringer Bedeutung für China; (...) die Infrastruktur (...) dieser vier Gebiete rückständig und unbedeutend, in den Fällen von Shenzhen und Zhuhai fast nicht existent“ (Cremer, 1989: 289).

3.2.1 Shenzhen

Die Sonderwirtschaftszone von Shenzhen ist die größte der vier Sonderwirtschaftszonen und umfasst insgesamt ein Gebiet von 327,5 km². Diese Fläche ist in ein Handelsgebiet, drei industrielle Gebiete, ein Lagerhausgebiet, ein Wohngebiet sowie ein Touristengebiet unterteilt. Vor 1978 hatte Shenzhen eine Bevölkerung von 20.000 Menschen und industriell gesehen waren lediglich 26 kleinere Fabriken angesiedelt, deren Gesamtumsatz unter 10.000 US\$ lag: „The setting up of an SEZ in Shenzhen almost amounted to the building of a new city“ (Chu, 1982: 18). Obwohl Shenzhen nur zwanzig Kilometer nördlich von der Grenze zu Hongkong liegt, welche „damals dem Eisernen Vorhang des Ostblocks in Europa glich und daher auch als Bambusvorhang bezeichnet wurde“ (Krott, 1999: 20), ist die Wahl des Standortes Shenzhen als vorteilhaft beurteilt worden. Zwar galt Hongkong mit gut fünf Millionen Einwohnern als internationaler Handels-, Wirtschafts- und Finanzplatz, jedoch war das Raumangebot an wirtschaftlich nutzbaren Flächen gering und die Kosten sowohl für Nutzflächen als auch für Arbeitskräfte hoch. Dieses machte Hongkong für arbeitsintensive Industriezweige uninteressant. Für Shenzhen bestand darin jedoch die Chance, dass diese

Branchen aufgrund der aufgeführten Investitionsanreize nach Shenzhen verlagert würden (vgl. Wong/Chu, 1985: 43).

3.2.2 Zhuhai

Die SWZ Zhuhai umfasst eine Fläche von 15,1 km² und grenzt unmittelbar an Macao. Macao selbst hatte zu der Zeit der Errichtung der SWZ Zhuhai eine Bevölkerungsgröße von 360.000 und ein Bruttosozialprodukt von 208 Millionen US\$. Die meisten der in Macao angesiedelten Fabriken sind Tochterunternehmen von in Hongkong ansässigen Firmen und von diesen in punkto Kapital, Technologie oder Warendistribution abhängig. Folglich profitiert Zhuhai nicht in dem Maße von Macao, wie Shenzhen von Hongkong. In dem Gebiet Zhuhai selbst lebten 1979 25.000 Menschen. Im gleichen Jahr waren in der Region 130 Firmen ansässig, die einen Gesamtumsatz von 20 Millionen US\$ erwirtschafteten. Innerhalb der Sonderzone werden 45% der Gesamtfläche industriell, 15% für Wohnzwecke und 5% für wissenschaftliche Forschung und Entwicklung genutzt. Die restlichen 35% sind bestimmt für medizinische und sonstige soziale Einrichtungen sowie für Erholungsgebiete (vgl. Dinter, 1993: 37)

3.2.3 Shantou

Die SWZ Shantou ist 52,6 km² groß und liegt östlich von der Stadt Shantou, in der 1979 360.000 Chinesen lebten. Zum Zeitpunkt der Standortwahl lag der Vorteil dieser Zone in der hohen Anzahl von ausgebildeten Arbeitern, die in der ansässigen Leichtmetallindustrie tätig waren. Ein weiterer positiver Aspekt lag darin, dass genügend Wohnraum vorhanden war, folglich nicht erst durch Investitionen zur Verfügung gestellt werden musste. Nachteile bestanden jedoch darin, dass Rohstoffe aufgrund einer mangelnden Anbindung nicht mit dem Zug aus dem Landesinneren in die Sonderwirtschaftszone transportiert werden konnten und die vorhandene Elektrizitätsversorgung nicht ausreichte, um eine industrielle Entwicklung zu fördern (vgl. Wong/Chu, 1985: 47f.).

3.2.4 Xiamen

Die Sonderwirtschaftszone Xiamen ist die einzige SWZ in der Provinz Fujian und liegt auf der Insel Xiamen. Die SWZ hat eine Fläche von 131 km² und grenzt unmittelbar an die

gleichnamige Inselhauptstadt, in der in den achtziger Jahren um die 270.000 Chinesen lebten. Ein Vorteil dieser Zone lag darin, dass in der Bevölkerung ebenfalls ein hoher Anteil an ausgebildeten Arbeitskräften vorhanden war, was hauptsächlich in der langen Geschichte des Hafens von Xiamen begründet liegt. Zwar verfügten alle vier Sonderwirtschaftszonen über Häfen, jedoch war der Hafen in Xiamen der einzige, der auch von Schiffen mit einer Ladekapazität von bis zu 50.000 Tonnen genutzt werden konnte. Die Häfen von Shenzhen, Zhuhai und Shantou konnten lediglich Schiffe mit einer maximalen Ladekapazität von 5.000t anlaufen.

Als weiterer Vorteil kam hinzu, dass die SWZ Xiamen sowohl über eine gute Zug-, als auch Straßenanbindung zu anderen Teilen der Volksrepublik verfügte. Allerdings lagen auch hier Defizite vor. Zum einen war die Trinkwasserversorgung nicht adäquat, um wasserverbrauchende Industrien anzusiedeln; zum anderen liegt diese SWZ sehr nah an Taiwan, was vorsichtige Investoren aufgrund des gespannten Verhältnisses zwischen der Volksrepublik China und Taiwan abschrecken könnte (vgl. Wong/Chu, 1985: 50).

Zusammenfassend kommt eine Abwägung aller geographischen Vor- und Nachteile der vier Zonen zu dem Zeitpunkt der Errichtung der SWZs im Jahre 1980 zu dem Ergebnis, dass Shenzhen die meistversprechendste Zone ist: die erwartete Vorteilhaftigkeit der Nähe zu Hongkong gleicht den Mangel an Infrastruktur aus. An zweiter Stelle steht Xiamen, gefolgt von Shantou an dritter und schließlich Zhuhai an vierter und letzter Stelle: „Zhuhai (..) seems to be the least attractive as far as industrial development is concerned“ (Wong/Chu, 1985: 50). Betrachtet man schließlich die politische Zielsetzung der Errichtung der „kapitalistischen“ Sonderwirtschaftszonen, so wird deutlich, dass den politischen Zielen bei der Auswahl der Standorte eine wesentlich größere Bedeutung zukam, als den aufgeführten ökonomischen Erwägungen.

Denn die chinesische Regierung verfolgte mit dieser Auswahl die Absicht, das Vertrauen der Bevölkerung von Hongkong, Macao und Taiwan zu gewinnen – Gebiete, auf die China aus damaliger Perspektive Anspruch erhob und im Falle Taiwans weiterhin erhebt. Aus diesem Grund wurden Shenzhen (nördlich von der britischen Kronkolonie Hongkong), Zhuhai (nördlich von der portugiesischen Enklave Macao) und Xiamen (gegenüber von Taiwan) ausgesucht. Die Wahl von Shantou schließlich hat damit zu tun, dass viele Überseechinesen, die als potentielle Investoren eine wichtige Zielgruppe darstellten, aus diesem Gebiet stammen:

„The capital and other resources of these overseas Chinese could make a significant contribution to China`s current drive for modernization. Many overseas Chinese possess the capital, banking experience, marketing know-how and modern management techniques which are lacking in China.“ (Wong/Chu, 1985: 42)

3.3 Die Entwicklung der SWZs am Beispiel von Shenzhen

Um die Funktion der Sonderwirtschaftszonen zu beschreiben, prägte die chinesische Regierung den Begriff des „Fensters“. Auf der einen Seite sollten die Sonderwirtschaftszonen ein Fenster zur Außenwelt sein, durch die China die Potentiale der Weltmärkte kennen lernen, und durch die Technologie nach China importiert werden könne. Auf der anderen Seite dienten die SWZs als Fenster für ausländische Unternehmen, die an einem Zugang zum chinesischen Markt interessiert sind und durch das Fenster die Möglichkeit haben, Informationen zu sammeln (vgl. Knoth, 2000: 31).

Eines dieser „Fenster“ ist die Sonderwirtschaftszone Shenzhen, die sich seit der Errichtung am 26.8.1980 zu einem der Hauptwirtschaftsgebiete in China entwickelt, und sich als wichtiges Intermedium zwischen der chinesischen Wirtschaft und den Weltmärkten etabliert hat. Neben der Entwicklung einer modernen Infrastruktur wurde die Stadt mit anderen Wirtschaftsregionen in China verkehrstechnisch angebunden. Gleichzeitig stieg die Einwohnerzahl von 20.000 Einwohnern im Gründungsjahr auf gut vier Millionen Einwohner im Jahre 1998. Die folgende Abbildung I, die Shenzhen im Jahre 2001 zeigt, vermittelt, wie sich das einstige „Dorf am Bambusvorhang“ entwickelt hat.



I Das Finanz- und Verwaltungszentrum von Shenzhen (Quelle: Xiao, 2001: 7)

Die SWZ Shenzhen avancierte zum Hauptinvestitionsgebiet für ausländisches Kapital in China: „Shenzhen is by far the most advanced and most successful SEZ in China“ (Knoth, 2000: 97). Aus diesem Grund soll die Entwicklung von Shenzhen exemplarisch für die anderen chinesischen Sonderwirtschaftszonen im Folgenden analysiert werden.

3.3.1 Infrastrukturelle Investitionen

Zum Zeitpunkt der Errichtung der Sonderwirtschaftszonen kamen Investitionen in infrastrukturelle Bereiche eine zentrale Bedeutung zu. Aus der Tabelle II lässt sich erkennen, dass im Jahre 1980 die Zentral- und Provinzregierung die Hauptquelle der Investitionen in Infrastruktur mit zusammengerechnet 66% sind. Festzuhalten ist, dass schon in dieser frühen Zeit das ausländische Kapital („Foreign capital“) einen Prozentsatz von 13% hält. Dieser Anteil stieg innerhalb der folgenden zwei Jahre auf über 50% im Jahre 1982. In den darauffolgenden Jahren pendelte der Anteil ausländischer Infrastrukturinvestitionen zwischen 15% und 32%. Während dem gesamten Betrachtungszeitraum stieg der Anteil der Investitionen von Privatunternehmen aus Shenzhen bis zum Jahre 1990 auf beinahe ein Drittel aller Investitionen an, wobei sich der Anteil der Staatsregierung kontinuierlich minimierte und im Jahre 1990 einen Prozentsatz von 0% ausmachte.

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990
Central Government	34%	24%	8%	7%	5%	1%	2%	3%	1%	1%	0%
Domestic financial agencies (loans)	0%	6%	12%	33%	37%	40%	19%	14%	17%	16%	12%
Foreign capital	13%	44%	51%	29%	27%	18%	14%	19%	17%	15%	32%
Municipal government (Shenzhen)	16%	8%	12%	10%	9%	14%	17%	18%	13%	11%	14%
Funds of department of province/city (except of Shenzhen)	32%	11%	9%	9%	8%	10%	15%	16%	12%	12%	1%
Funds of private companies in Shenzhen	5%	7%	8%	8%	10%	14%	26%	15%	31%	26%	26%
Internal corporations	0%	0%	1%	3%	4%	1%	7%	10%	0%	4%	0%
Others	0%	0%	0%	0%	0%	2%	2%	5%	9%	15%	11%

II Herkunft der Infrastrukturinvestitionen (Quelle: Park, 1997: 72)

3.3.2 Ausländische Direktinvestitionen

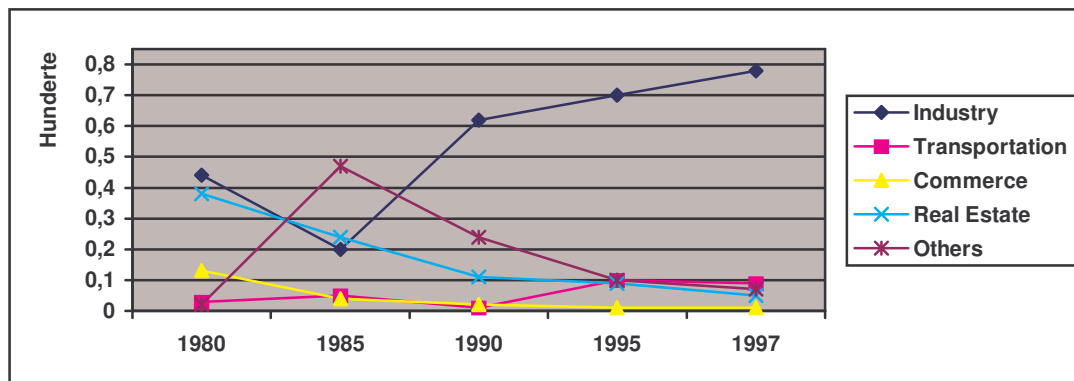
Die Anziehung von Fremdkapital nach China ist eines der wesentlichen Ziele der Errichtung von Sonderwirtschaftszonen. Wie die Übersicht III verdeutlicht, lag die Summe ausländischer Direktinvestitionen (FDI: Foreign Direct Investment) in Shenzhen im Jahre 1979 lediglich bei fünf Millionen US\$. Bis zum Ende der achtziger Jahre wuchs diese Summe jedoch auf beinahe 400 Millionen US\$ an. Zwischen 1990 und 1997 stiegen die ausländischen Investitionen wiederum mit einer jährlichen Rate von 23%, sodass im Jahre 1997 ein Volumen von 1,66 Mrd.US\$ realisiert werden konnte. Zur gleichen Zeit stieg die Summe ausländischen Kapitals in der Volksrepublik allerdings wesentlich schneller als in Shenzhen, sodass der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen in Shenzhen im Verhältnis zu den gesamtchinesischen ausländischen Direktinvestitionen von 11,2% im Jahre 1990 auf 3,7% im Jahre 1997 sank.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1995	1996	1997
FDI	0,005	0,03	0,18	0,39	0,4	0,45	1,31	2,05	1,66
Shares in China	4,5%	15,8%	10,8%	11,2%	9,2%	4,1%	3,5%	4,9%	3,7%

III Ausländische Direktinvestitionen in Shenzhen (in Mrd.US\$); Quelle: SZSYB, 1998: 279

Wie die Aufteilung der ausländischen Investitionen in Sektoren aussah, lässt sich aus der folgenden Tabelle IV und der zugehörigen Graphik entnehmen: in der Gründungszeit waren die Hauptsektoren, in denen ausländisches Kapital genutzt wurde, die Industrie und die Immobilienwirtschaft. In den neunziger Jahren jedoch wuchs der Anteil der Investitionen in der Industrie und im Transport- und Kommunikationssektor, während gleichzeitig der Anteil der Immobilienwirtschaft („Real estate“) stark zurück ging: wurden 1980 in diesem Sektor noch 38% aller ausländischen Direktinvestitionen investiert, so waren es 1997 lediglich 5%. Wie ebenfalls aus der Tabelle IV deutlich wird, sind die Investitionen in den Bereichen Landwirtschaft („Agriculture“), Bauwirtschaft („Construction“) und Handel („Commerce and restaurants“) für ausländisches Kapital uninteressant.

	1980	1985	1990	1995	1997
Agriculture, forestry, livestock, fishery	0%	0%	0%	0%	0%
Industry	44%	20%	62%	70%	78%
Construction	0%	0%	0%	0%	0%
Transportation and communication	3%	5%	1%	10%	9%
Commerce and restaurants	13%	4%	2%	1%	1%
Real estate and hotel management	38%	24%	11%	9%	5%
Others	2%	47%	24%	10%	7%



IV Sektorale Verteilung ausländischer Direktinvestitionen (Quelle: SZSBY, 1998: 280; eigene Darstellung)

In Bezug auf die Herkunft der ausländischen Investitionen in Shenzhen lässt sich anhand der Übersichten V und VI eine Dominanz von Hongkong und Macao feststellen. So kamen im Jahre 1986 80% der insgesamt 490 Millionen US\$ aus diesen Gebieten. Bis zum Jahr 1990 sank der Anteil zwar auf 50%, stieg jedoch in den Folgejahren wieder auf 60% bis 71% an. Als weitere Hauptinvestoren gelten Japan und die USA mit 6% und 8% im Jahre 1997.

Schließlich zeigt das ansteigende Investitionsvolumen anderer Länder („Others“) eine steigende Diversifikation ausländischer Investitionen.

	1986	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Hong Kong and Macao	0,39	0,26	0,32	0,46	0,92	1,26	1,05	1,5	2,03
Taiwan	0	0	0	0	0,05	0,11	0,07	0,14	0,07
Japan	0,07	0,17	0,14	0,16	0,21	0,19	0,32	0,3	0,18
USA	0,03	0,04	0,07	0,02	0,16	0,03	0,14	0,11	0,24
Others	0	0,05	0,05	0,08	0,09	0,14	0,16	0,37	0,35
Total	0,49	0,52	0,58	0,72	1,43	1,73	1,74	2,42	2,87

V Herkunft ausländischer Investitionen (in Mrd.US\$); Quelle: SZSYB, 1998: 279

	1986	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Hong Kong and Macao	80%	50%	55%	64%	64%	73%	60%	62%	71%
Taiwan	0%	0%	0%	0%	3%	6%	4%	6%	2%
Japan	14%	33%	24%	22%	15%	11%	18%	12%	6%
USA	6%	8%	12%	3%	11%	2%	8%	5%	8%
Others	0%	10%	9%	11%	6%	8%	9%	15%	12%

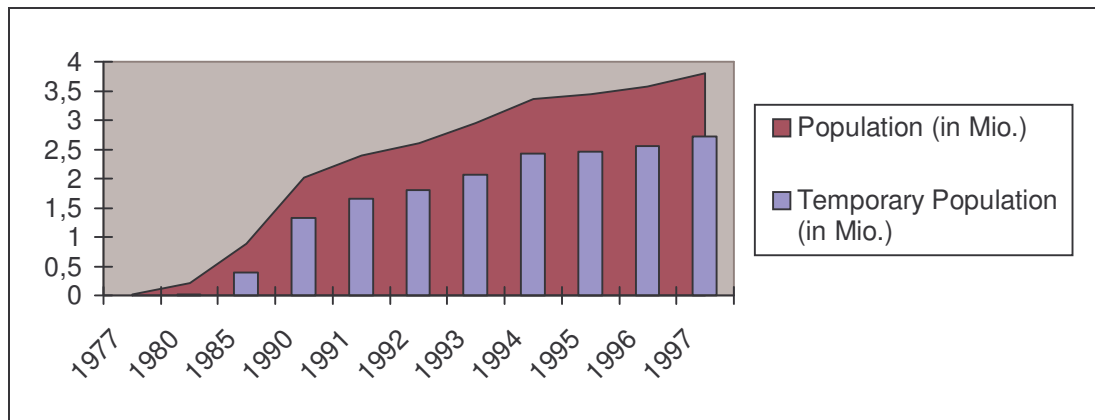
VI Herkunft ausländischer Investitionen (in %); Quelle: SZSYB, 1998: 279

3.3.3 Bevölkerungsentwicklung

Durch die steigende Anzahl von Investitionen entwickelte sich die einstmalige 20.000-Einwohner-Stadt Shenzhen in weniger als 20 Jahren in eine moderne Stadt mit mehr als 3,8 Millionen Einwohnern („Population“). Wie in der Übersicht VII und der dazu gehörenden Graphik ersichtlich ist, hatten von dieser Einwohnerzahl allerdings 2.72 Millionen im Jahre 1997 nur zeitlich beschränkte Aufenthalts- und Wohnrechte („Temporary Population“). Hierbei muss erläuternd angeführt werden, dass in China die Ermittlung der Bevölkerungswanderung (Migration) durch das Haushaltsregistrierungssystem „Hukou“ erfolgt, welches entweder den Status eines dauerhaften oder den eines temporären Einwohner erteilt. Dauerhafte Einwohner haben Zugang zu den öffentlichen Einrichtungen, wobei Einwohner mit temporärem Status lediglich die Erlaubnis haben, für eine begrenzte Zeit (max. 15 Jahre) in einer bestimmten Stadt zu leben (vgl. Bork, 1997: 59).

Der hohe Anteil an temporären Einwohnern liegt darin begründet, dass Ausländer und insbesondere zahlreiche Chinesen aus ländlichen Region lediglich aus Arbeitsgründen nach Shenzhen ziehen. In der Hoffnung auf einen Arbeitsplatz und höhere Löhne verlassen diese Chinesen für einen bestimmten Zeitraum ihre Familien und akzeptieren temporäre Wohnrechte. Übersicht VII zeigt ebenfalls, dass diese Bereitschaft einen direkten Einfluss auf die Beschäftigungsquote („Employment Share“) hat. Waren in den ersten Jahren der SWZ Shenzhen lediglich 45% und in den achtziger Jahren unter 40% der Gesamtbevölkerung beschäftigt, so drehte sich diese Entwicklung Anfang der neunziger Jahre um, sodass die Beschäftigungsquote im Jahre 1997 auf 72% anstieg.

	1977	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Population	0,02	0,33	0,88	2,02	2,39	2,61	2,95	3,36	3,45	3,58	3,80
Temporary Population	-	0,01	0,40	1,33	1,65	1,81	2,07	2,42	2,46	2,55	2,72
Employment Share	45%	45%	38%	54%	53%	57%	71%	66%	71%	71%	72%



VII Einwohnerzahlen von Shenzhen (in Mio.); Quelle: SZSYB, 1998: 96,118; eigene Darstellung

Hinter dem Prinzip des „temporären Aufenthaltsrechts“ steht jedoch auch eine politische Zielsetzung: durch den Erwerb von neuen handwerklichen und unternehmerischen Qualifikationen, sowie die Bildung von Sparvermögen, sollen diese Personen nach Ablauf der Aufenthaltserlaubnis zu einem Wandel und teilweise auch zum wirtschaftlichen Aufschwung des ländlichen Raumes beitragen (vgl. Heilmann, 2000: 92).

3.3.4 Bruttoinlandsprodukt

Der hohe prozentuale Anteil der arbeitenden Bevölkerung spiegelt sich ebenso in dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) wieder, welches den Wert aller im Inland (oder in einem determinierten geographischen Gebiet) hergestellten wirtschaftlichen Leistungen angibt: während das gesamtjährliche Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes im gesamten chinesischen Wirtschaftsraum in dem Zeitraum von 1980 bis 1997 bei 8,2% lag, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt der Sonderwirtschaftszone Shenzhen im gleichen Zeitraum mit einem Jahresdurchschnitt von 28,5% (vgl. Knoth, 2000: 99).

Neben diesem Anstieg, ist die Entwicklung der BIP-Anteile in den drei Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistung für die wirtschaftliche Transformation charakteristisch. Wie aus den nachfolgenden Übersichten VIII und IX ersichtlich ist, sind im

sekundären und tertiären Sektor Wachstumsraten zu verzeichnen, wobei der primäre Sektor in einem bestimmten Rahmen fluktuiert.

Wie die Übersicht VIII zeigt, hatte der Landwirtschaftssektor schon im Jahre 1979 mit 70 Mio.Yuan nicht den Hauptanteil am Bruttoinlandsprodukt Shenzhens. Während die tertiäre Industrie mit 80 Mio.Yuan den größten Anteil hatte, entfiel der geringste Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf den sekundären Sektor mit 40 Mio.Yuan.

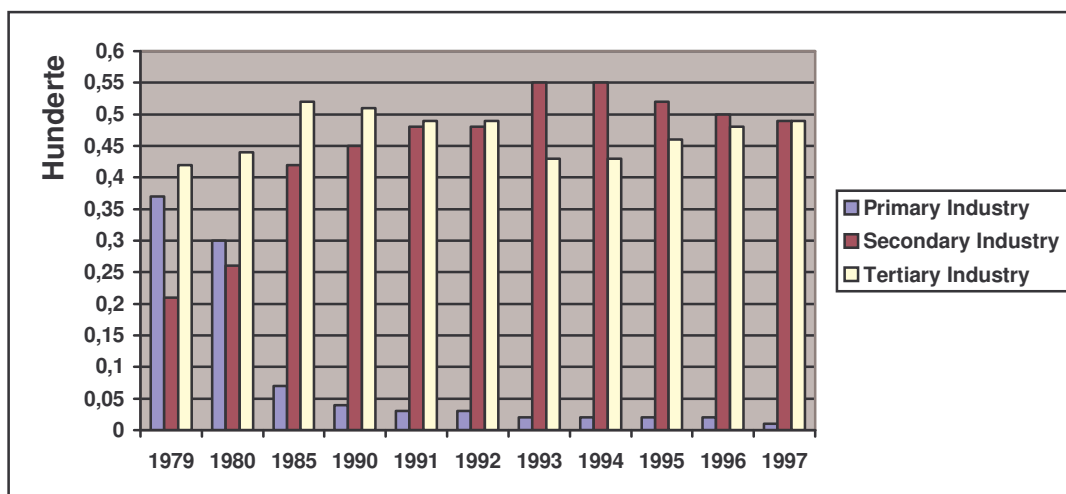
Innerhalb des Reformprozesses veränderte sich diese Rangfolge jedoch grundlegend. Zum einen stieg der Anteil der Landwirtschaft in den frühen neunziger Jahren bis auf 240- 290 Mio.Yuan an, stagnierte jedoch und betrug im Jahre 1997 240 Mio.Yuan. Allerdings stieg der Anteil des zweiten und dritten Sektors proportional schneller, sodass beide ein Bruttoinlandsprodukt von über 4 Mrd.Yuan im Jahre 1992 erreichten. In den Folgejahren wuchs die sekundäre Industrie vorerst schneller, doch der tertiäre Sektor holte diesen Vorsprung auf – mit der Folge, dass beide Sektoren im Jahre 1997 jeweils ein Bruttoinlandsprodukt von beinahe 8,6 Mrd.Yuan erreichten.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Primary Industry	0,07	0,08	0,16	0,21	0,24	0,29	0,25	0,27	0,22	0,25	0,24
Secondary Industry	0,04	0,07	0,97	2,32	3,30	4,16	5,58	6,47	7,14	7,60	8,56
Tertiary Industry	0,08	0,11	1,20	2,65	3,40	4,22	4,38	5,10	6,26	7,25	8,58
Total	0.19	0,26	2,33	5,18	6,94	8,67	10,21	11,84	13,62	15,10	17,38

VIII Entwicklung des realen BIP im primären, sekundären und tertiären Sektor (in Mrd.Yuan, Preise von 1979); Quelle: SZSYB, 1998: 110

Prozentual ausgedrückt ist der Tabelle IX zu entnehmen, dass der Anteil der Landwirtschaft am gesamten BIP von 37% im Jahre 1979 auf gerade 1% im Jahre 1997 gefallen ist. Während der Anteil des tertiären Sektors hingegen im gleichen Zeitraum zwischen 42% und 52% pendelte, wuchs der Anteil des sekundären Sektors von 21% im Jahre 1979 auf 49% im Jahre 1997. Zwischenzeitlich erreichte der Anteil des sekundären Sektors in den Jahren 1993 und 1994 sogar ein Maximum von 55%: „These figures demonstrate the rapid economic development of Shenzhen and the fast change in its economic structure“ (Knoth, 2000: 101). In dem zur Tabelle IX gehörenden Säulendiagramm wird diese Entwicklung graphisch verdeutlicht.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Primary Industry	37%	30%	7%	4%	3%	3%	2%	2%	2%	2%	1%
Secondary Industry	21%	26%	42%	45%	48%	48%	55%	55%	52%	50%	49%
Tertiary Industry	42%	44%	52%	51%	49%	49%	43%	43%	46%	48%	49%



IX Prozentuale Anteile der drei Sektoren am BIP (Quelle: SZSYB, 1998: 110; eigene Darstellung)

3.3.5 Arbeitsmarktentwicklung

Analog zu der Anteilsentwicklung der Sektoren am gesamten Bruttoinlandsprodukt kann die Entwicklung der Beschäftigungsanteile innerhalb dieser drei Sektoren betrachtet werden.

Im Jahre 1997 ist lediglich 1% aller Beschäftigten in der primären Industrie tätig. Den Hauptanteil mit 56% hat der sekundäre Sektor, während der Anteil der im dritten Sektor arbeitenden Bevölkerung einen Prozentsatz von 43% ausmacht. Diese Anteilsverteilung steht im Gegensatz zum restlichen chinesischen Wirtschaftsraum, in dem im gleichen Jahr 50% der arbeitenden Bevölkerung im primären, 24% im sekundären und 26% im tertiären Sektor tätig waren (vgl. Knoth, 2000: 102f.).

Der Transformationsprozess oder auch der Einfluss der SWZ Shenzhen auf die Wirtschaftsstruktur des Umlandes kann anhand der Zahlen der Provinz Guangdong, in der die SWZ Shenzhen liegt, aufgezeigt werden. Die Anteile dieser Region liegen zwischen den beiden Extremen Sonderwirtschaftszone und Volksrepublik China: so arbeitete im Jahre 1997 41% der Bevölkerung im primären Sektor, 33% im sekundären und schließlich 26% im tertiären Sektor.

Insgesamt betrachtet stieg die Beschäftigungsquote in Shenzhen im Zeitraum der Jahre 1979 bis 1997 jährlich um 14,9%. Bei der Betrachtung der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen und der Beschäftigungsquote im Zusammenhang mit den diversen Unternehmensformen sind allerdings erhebliche Unterschiede festzustellen (vgl. Knoth, 2000: 102f.).

Wie aus den folgenden Tabellen X und XI zu sehen ist, bestimmten die sogenannten „Township and Village Enterprises (TVE)“ den Arbeitsmarkt hauptsächlich: am Beginn der Reformen und in den neunziger Jahren waren sie mit Abstand die größten Arbeitgeber in Shenzhen. So stieg die Zahl der Beschäftigten in diesen Unternehmen von 95.000 im Jahre 1979 auf 1,2 Millionen im Jahre 1997 (Tab. X). Ursprünglich waren die TVEs für die Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte verantwortlich, stellten Ziegel für den örtlichen Bedarf her oder unterhielten Werkstätten. Sie kümmerten sich um mit Dörfern und Kleinstädten verbundene Arbeiten. Insbesondere die TVEs haben sich mit ausländischen Investoren in Gemeinschaftsunternehmen zusammengeschlossen.

In der ersten Hälfte der achtziger Jahre steigerten auch die Staatsbetriebe („State-owned enterprises“) ihre Beschäftigungszahlen, sodass sie schon Mitte der Achtziger zum größten Arbeitgeber mit einem Anteil von 52% im Jahre 1985 avancierten (Tab. XI). Um 1990 wechselte diese Entwicklung und die TVEs waren wieder der größte Arbeitgeber, wobei die Beschäftigtenzahlen in den staatlichen Unternehmen nur unerheblich pendelten.

Auch die Kollektivunternehmen steigerten ihre Angestelltanzahlen von 7.000 im Jahre 1979 auf 87.000 im Jahre 1997 (Tab. X).

Als weitere Unternehmensform sind die Selbständigen („Self-Employment“) hervorzuheben. Die Möglichkeit, selbständig tätig zu sein, ist erst seit den Wirtschaftsreformen möglich. Während vorher das Unternehmen unter anderem für die Gesundheitsvorsorge und Rente zuständig war, trägt nun der Selbständige die Verantwortung. Wie die Entwicklung in der Tabelle XI zeigt, sind jedoch immer mehr Chinesen bereit, den Weg der Selbständigkeit einzuschlagen: bis in die erste Hälfte der neunziger Jahre waren lediglich 3% aller Beschäftigten in Shenzhen selbständig. Bis zur Mitte der neunziger Jahre stieg dieser Anteil bereits auf 19% im Jahre 1996. 1997 war schließlich über ein Fünftel der Beschäftigten in Shenzhen selbständig.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
State-owned enterprises	34	40	170	340	390	390	410	390	400	410	410
Township enterprises	95	97	84	430	500	590	690	1.000	1.100	1.100	1.200
Collective enterprises	7	8	30	50	70	80	50	80	110	95	87
Self-employment	4	4	6	30	40	90	290	320	460	490	610
Others	-	-	30	160	190	240	310	350	380	390	420

X Beschäftigungsentwicklung (in Tsd.); Quelle: SZSYB, 1998: 124

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
State-owned enterprises	24%	27%	52%	31%	31%	26%	20%	17%	17%	16%	15%
Township enterprises	68%	65%	25%	39%	39%	40%	33%	45%	45%	42%	44%
Collective enterprises	5%	5%	9%	5%	6%	5%	2%	4%	4%	4%	4%
Self-employment	3%	3%	2%	3%	3%	6%	14%	14%	19%	19%	22%
Others	0%	0%	9%	15%	15%	16%	15%	16%	16%	15%	15%

XI Anteile an den Gesamtbeschäftigten (Quelle: SZSYB, 1998: 124)

3.3.6 Unternehmen mit Auslandskapital

Wie die Investitions- und Beschäftigungsentwicklung gezeigt haben, nehmen die Unternehmen mit ausländischem Kapital (FFE: Foreign-Founded Enterprises) in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen eine entscheidende Rolle ein. Die nachfolgende Tabelle XII zeigt den Einfluss dieser Unternehmen auf die Exporte und Importe der Volksrepublik. Bis in die Mitte der Achtziger hatten die ausländischen Unternehmen nur einen geringen Anteil am internationalen Handel Chinas. Dieses änderte sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre: so kontrollierten diese Unternehmen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre 20% aller chinesischen Exporte und 33% aller Importe (1992). Bis zum Jahre 1997 stieg der Anteil auf fast 50% im Export- und auf 66% im Importbereich.

	1980	1985	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1995	1997
Total exports	18,1	27,4	47,5	52,5	62,7	71,8	84,9	91,7	124,5	151,5
Export of FFEs	0,01	0,3	2,46	4,91	7,81	12,05	17,35	25,24	46,9	74,9
Share	0%	1%	5%	9%	12%	17%	20%	28%	38%	49%
Total imports	20	42,3	55,3	59,1	53,3	63,8	80,6	104	110,5	118,1
Imports of FFEs	0,03	2,06	5,75	8,8	12,3	16,9	26,4	41,8	62,9	77,7
Share	0%	5%	10%	15%	23%	26%	33%	40%	57%	66%

XII Handel von ausländischen Unternehmen in China (in Mrd.US\$); Quelle: Park, 1997: 72; CSY, 1998: 620

Wie aus der Tabelle XIII zu entnehmen ist, spielten die ausländischen Unternehmen schon in den achtziger Jahren in der Sonderwirtschaftszone Shenzhen eine größere Rolle als in der Volksrepublik China. Bereits Mitte der neunziger Jahre kontrollierten diese Unternehmen die Hälfte der aus Shenzhen exportierten Güter und die Hälfte der Importe nach Shenzhen. Im Jahre 1997 lag der Exportanteil der Unternehmen mit ausländischem Kapital bei 55% und der Importanteil bei 60%.

	1986	1987	1988	1989	1996	1997
Total exports	0,73	1,41	1,85	2,17	21,2	25,5
Export of FFEs	0,26	0,51	0,56	1,01	11,9	14,1
Share	36%	36%	30%	47%	56%	55%
Total imports	1,12	1,14	1,59	1,58	17,8	19,5
Imports of FFEs	0,64	0,51	0,53	0,87	10,5	11,7
Share	57%	45%	33%	55%	59%	60%

XIII Handel von ausländischen Unternehmen in Shenzhen (in Mrd.US\$); Quelle: Park, 1997: 72

3.3.7 Internationaler Handel

Die Unternehmen mit ausländischem Kapital spielen in der Institutionalisierung eines chinesischen Außenhandels eine entscheidende Rolle, denn vor Beginn der Reformpolitik des Deng Xiaoping war ein Außenhandel aufgrund der aufgeführten Autarkiepolitik des maoistischen Regimes fast nicht existent. Wie die folgende Übersicht XIV zeigt, betrug das Außenhandelsvolumen in den Jahren 1979 und 1980 lediglich 10 Mio.US\$. Durch die neuen Möglichkeiten des Außenhandels transformierte sich Shenzhen jedoch, sodass sowohl das Import-, als auch das Exportvolumen Mitte der achtziger Jahre die 500 Mio.US\$-Grenze überschritten. Anfang der Neunziger lagen die Exporte bereits über 8 Mrd.US\$ und die

Importe über 7 Mrd.US\$. Beide Werte wuchsen konstant, der Exportwert jährlich mit beinahe 18%, der Importwert mit 14,5%. Daraus folgend stiegen die Exportwerte auf 25,5 Mrd.US\$ und die Importwerte auf über 19,5 Mrd.US\$ im Jahre 1997.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Exports	0,01	0,01	0,6	8,2	9,9	12,0	14,2	18,3	20,5	21,2	25,5
Imports	0,01	0,01	0,7	7,6	9,6	11,6	14,0	16,7	18,2	17,9	19,5

XIV Exporte und Importe von Shenzhen (in Mrd.US\$); Quelle: SZSYB, 1998: 284

Über diese Entwicklung hinaus, hat Shenzhen auch die Export- und Importwerte der Volksrepublik China bestimmt. Übersicht XV verdeutlicht, dass Shenzhen bis Mitte der achtziger Jahre noch keinen Einfluss auf die internationalen Handelsbeziehungen der Volksrepublik hatte. Doch bis zum Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich Shenzhen zu einem der größten Export- und Importzentren in China mit einem Gesamtanteil von je 14% am Import und Export des chinesischen Außenhandels. Allerdings ist zu ergänzen, dass nicht alle aus Shenzhen exportierten Güter auch dort hergestellt wurden. Ebenso wurden nicht alle von Shenzhen importierten Güter auch dort konsumiert. Dieses liegt unter anderem an der Schlüsselfunktion Shenzhens als Lager- und Umschlagplatz für die übrigen Regionen in China.

	1979	1980	1985	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Exports	0%	0%	2%	14%	14%	14%	16%	15%	14%	14%	14%
Imports	0%	0%	2%	14%	15%	14%	13%	14%	14%	12%	14%

XV Entwicklung der Export- und Importanteile Shenzhens am chinesischen Außenhandel;
Quelle: SZSYB, 1998: 284; CSY, 1998: 620

3.3.8 Unternehmensstruktur

Insgesamt betrachtet waren in Shenzhen im Jahre 1997 1.802 Unternehmen angesiedelt, unter denen sich 70% mit Auslandskapital befanden. Dazu zählen zum einen hundertprozentige ausländische Unternehmen ohne chinesische Partner und zum anderen Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern, in denen zu einem gewissen Prozentsatz ausländisches Kapital steckt. Von den 70% wiederum waren 993 Unternehmen mit Kapital aus Hongkong, Macao und Taiwan ausgestattet (vgl. SZSYB, 1998: 129, 148ff.).

Zusammengenommen beschäftigten die Unternehmen mit Auslandskapital im Jahre 1997 64% aller Arbeiter und hatten einen Anteil am Bruttoertragswert von 83%. Weiterhin hielten dieses Unternehmen einen Anteil von 73% an den Gewinnen vor Steuern und einen Anteil von 77% an den Nettogewinnen (vgl. Knoth, 2000: 110ff.).

„This reveals that although the foreign-funded enterprises enjoy tax holidays and tax breaks, they still pay a great share of all the total taxes (...) although they pay still relatively less than the domestic enterprises in Shenzhen.“ (Knoth, 2000: 112)

Bei den Unternehmen mit Kapital aus Hongkong, Macao und Taiwan zeigt sich im Gegensatz zu den Unternehmen mit Kapital aus westlichen Industrienationen, dass sie vornehmlich der Produktion und Montage dienen und sich wie die chinesischen Staatsunternehmen eher auf einfache Arbeitsprozesse konzentrieren: „The investors from Asia have mainly invested in simple assembly processes, while western investors have set up more technology intensive productions“ (Knoth, 2000: 62).

Was jedoch von den chinesischen Verantwortlichen kritisiert wird, ist die Tatsache, dass die Verbindungen zwischen ausländischen Firmen innerhalb und heimischen Unternehmen außerhalb der SWZ unterentwickelt sind und die zoneninternen ausländischen Unternehmen den Hauptanteil ihrer Produktionsmittel aus dem Ausland beziehen. Diese Kritik geht auf den Artikel 17 der Bestimmungen der Volksrepublik China in Bezug auf die in der Provinz Guangdong gelegenen Sonderwirtschaftszonen zurück, welcher die Beziehungen zwischen der SWZ und dem übrigen China regelt:

„**Article 17** Investors in the special economic zones are encouraged to use China-made machinery, raw materials and other goods. Preferential prices will be offered on the basis of the current export prices of China`s similar commodities and paid in foreign exchange. These products and materials can be shipped direct to the special zones with the vouchers of the selling unit.“ (BFAI, 1986: 96)

Allerdings ist offensichtlich, aus welchen Gründen die ausländischen Unternehmen innerhalb der SWZ nur beschränkt Produktionsmittel aus dem restlichen Teil Chinas in Anspruch nehmen: „Because of the poor quality of many intermediate inputs from Chinese production and the unreliability of the supply and because of bottlenecks in the transportation infrastructure“ (Li/Li, 1999: 103).

In einer Branchenbetrachtung ergibt sich das Bild, dass der bestimmende Sektor in der wirtschaftlichen Entwicklung von Shenzhen die Produktion von Elektronikartikeln und Telekommunikationszubehör ist. Die 373 Unternehmen (21%) in diesem Sektor beschäftigten im Jahre 1997 145.000 Personen (26%) und erwirtschafteten einen Bruttoertragswert von über 6 Mrd.Yuan. Dieser Ertragswert machte 45% des Gesamtertragswerts von Shenzhen aus.

Angesichts des Umsatzes und der Wertschöpfung dominierte die Elektronikindustrie die Wirtschaft von Shenzhen mit einem Umsatzanteil von 44% und einem Anteil an der Wertschöpfung von 35%. Der Anteil am Auslandskapital mit 18% (3,3 Mrd.Yuan) ist allerdings niedrig. In diesem Punkt ist zu ergänzen, dass bei der Elektronikindustrie der Nettogewinnanteil bei 41% liegt; der Anteil an den Gewinnen vor Steuern jedoch bei 38%. Daraus lässt sich schließen, dass die Unternehmen, die elektronische Güter herstellen, durchschnittlich weniger Steuern bezahlen als andere Industrien. Dieses überrascht jedoch, da in diesem Sektor weniger ausländisches Kapital investiert wird, folglich Steuerbefreiungen und Begünstigungen für diesen Effekt nicht verantwortlich sein können. Folglich genießen auch Unternehmen mit inländischem Kapital in den Sonderwirtschaftszonen Privilegien (vgl. Knoth, 2000: 110-113).

4. Der Preis der postmaoistischen Reformpolitik

Nach dem Erfolg der ersten vier Sonderwirtschaftszonen, wurde Mitte der achtziger Jahre auf der Insel Hainan eine weitere Sonderwirtschaftszone errichtet. Gleichzeitig erhielten eine Reihe von Küstenstädten und ausgewählte Wirtschaftszonen Vorzugsrechte, um Anreize für die Ansiedlung von Auslandsunternehmen zu bieten. Dazu zählen unter anderem „Offene Küstenstädte“, „Wirtschaftszonen“, „Wirtschaftliche und technische Entwicklungszonen“, „Zollfreihandelszonen und Freihäfen“ sowie „High-Tech-Zonen“. Als Sonderwirtschaftszonen im originären Sinne gelten jedoch nur die vier aufgeführten Zonen Shenzhen, Zhuhai, Shantou, Xiamen sowie die später gegründete Zone auf der Insel Hainan. Dabei liegt das Hauptproblem der Unterscheidung dieser Zonen darin, dass unterschiedliche Typen sich in einigen geographischen Regionen vermischen (vgl. Knoth, 2000: 49f.).

Gemeinsam haben diese Typen von Wirtschaftszonen, dass sie die Transformation des chinesischen Wirtschaftssystems forciert haben, welche allerdings nicht nur zu den aufgeführten wirtschaftlichen Erfolgen geführt hat, sondern auch geprägt ist durch soziale und regionale Polarisierung, inhumane Arbeitsbedingungen und Bedrohungen für die Umwelt.

4.1 Soziale und regionale Polarisierung

Seit Beginn der Reformpolitik haben sich die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen für breite Schichten der chinesischen Bevölkerung erhöht. So stiegen die Einkommen auf dem Lande von 134 Yuan im Jahre 1978 auf 1926 Yuan im Jahre 1996. In der Stadt hingegen stiegen die Einkommen im gleichen Zeitraum von 316 Yuan auf 4377 Yuan an (vgl. SSC, 1997: 72). Zwar zeigen diese Beträge, dass die Einkommen sowohl bei der Land- als auch bei der Stadtbevölkerung angestiegen sind, jedoch verdeutlichen sie auch die Ausweitung der Einkommensdifferenzen in China.

Mit Einführung der Reformpolitik hatte Deng Xiaoping verlauten lassen, dass es erlaubt sein sollte, dass zunächst ein Teil der Bevölkerung reich wird: „It is good that some should reap the fruits of the harvest sooner than others, for in so doing, they could inspire others to imitate them and eventually let others join in the festivities“ (Mondejar, 1994: 64). Verstanden wurde darunter allerdings eine leistungsbezogene Differenzierung analog zu dem spätmarxistischen Prinzip „Jedem nach seiner Leistung (anlao fenpei)“ (Vetter, 1983: 62). Wie schon die im

Abschnitt 3.3.3 beschriebenen positiven Effekte der temporären Aufenthaltsgenehmigung, sollten nun auch die Teile der Bevölkerung, die zuerst zu Reichtum gelangen, später das ganze Land aus der Armut zu heben: „Ganz im Sinne einer neoklassischen Entwicklungstheorie sollen (..) die führenden Industriezentren durch sogenannte ‚spread‘-Effekte ‚die wirtschaftliche Entwicklung des ganzen Landes vorantreiben‘“ (Taubmann, 2000: 51).

Im Jahre 1995 wurde eine Studie veröffentlicht, deren Untersuchungsschwerpunkt die Gewinner und Verlierer der neuen Einkommensentwicklung waren. Als „neue Reiche“ galten danach alle Haushalte, die im Jahre 1992 über ein Einkommen von mehr als 30.000 Yuan verfügten: faktisch vier Millionen Haushalte in China. Diese Einkommenschicht setzte sich zusammen aus Selbständigen in Industrie und Handel, Privatunternehmern, Arbeitern und Angestellten in ausländischen Unternehmen, Taxifahrern oder Schauspielern. Es ist ersichtlich, dass die Studie die „neuen Reichen“ nicht als einheitliche soziale Schicht sieht, sondern als Personen mit unterschiedlichen Berufen, die über kein gemeinsames Bewusstsein verfügen und deren Einkommen aus unterschiedlichen Quellen stammen: „aus legalen Einnahmequellen ebenso wie illegalen“ (Gransow, 2000: 191).

In einem Bericht der „China Daily“ wurde im Jahre 1996 ein Artikel veröffentlicht, in dem es sogar hieß, dass „1000 Personen in China die Hälfte der Ersparnisse der Nation besitzen“ (Ederer/Franzen, 1996: 262).

Dem Wohlstand, der sich hauptsächlich in den Städten manifestiert, stehen am anderen Ende der Einkommensskala arme ländliche Haushalte gegenüber. In den Anfangsjahren der Reformpolitik wurde die Armutsgrenze bei 120 Yuan und einer Pro – Kopf – Getreidemenge von 200 Kilogramm festgelegt (1984). Demnach lebten 70 Millionen Einwohner Chinas unter der Armutsgrenze. Als die Zentralregierung auf dieser Grundlage mit den Finanzausweisungen an die Provinzen begann, meldeten zahlreiche Provinzen weit höhere Armutszahlen, sodass 1985 bereits 150 Millionen Chinesen als „arm“ galten. Aufgrund beschränkter Zahlungsmittel der Zentralregierung wurde im Jahre 1985 folglich die Armutsgrenze auf 200 Yuan und wiederum 200 Kilogramm Getreide pro Kopf festgelegt. Danach waren noch 102 Millionen Menschen von der relativen Armut betroffen – ein Anteil an der chinesischen Gesamtbevölkerung von 12,2%. Nicht zuletzt inflationsbedingt wurde die Armutsgrenze in den folgenden Jahren erhöht, sodass sie im Jahre 1994 bei 440 Yuan lag (vgl. Gransow, 2000: 192). Werden jedoch internationale Standards zur Messung herangezogen, die von einer Armutsgrenze von einem US-Dollar Kaufkraftparität pro Tag ausgehen, dann leben 350

Millionen Chinesen, ergo ein gutes Viertel der Gesamtbevölkerung, unterhalb dieses Minimums und damit in Armut (vgl. Schüller, 2001: 19)

Neben der unbalancierten Entwicklung der Einkommensverteilung zwischen der Stadt- und Landbevölkerung, hat auch die Errichtung der Sonderwirtschaftszonen mit ihren Sonderrechten und Investitionsanreizen für ausländisches Kapital die Diskrepanz zwischen Stadt und Land vergrößert. Die rasche Wirtschaftsentwicklung brachte zwar auch den Zentral- und Westprovinzen Chinas höhere Zuwächse, dennoch konnten sie mit dem Entwicklungstempo der Küstenprovinzen, die aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität zusammenfassend auch „Goldküste“ genannt werden, nicht mithalten (vgl. Schüller, 2000: 167f.).

Im Jahre 1992 wurde das Konzept der „sozialistischen Marktwirtschaft mit chinesischen Merkmalen verabschiedet“, welches grundlegende gesellschafts-politische Vorstellungen enthielt. Der Zusatz „sozialistisch“ bedeutet zum einen, dass auf den staatlichen Sektor bzw. auf eine staatliche Regulierung der Wirtschaft nicht verzichtet werden sollte und zum anderen, dass „verteilungspolitische Eingriffe zur Vermeidung einer Polarisierung von Einkommen und Vermögen erlaubt sind“ (Schüller, 2000: 146). Während unter Deng Xiaoping noch die Rede von „Beschleunigung des Reformtempos“ die Rede war, wurde nun die „Wahrung der sozialen Stabilität“ zum Schlagwort (vgl. Bork, 1997: 66f.).

An der Situation der Bauern änderte sich jedoch de facto nichts und so erreichte die Unzufriedenheit der bäuerlichen Bevölkerung ihren Höhepunkt in der Bauernrevolte von 1993. Dieser Aufstand, der sich in der Nähe der Provinzhauptstadt von Sichuan ereignete, galt als die schlimmste Bauernrevolte seit der Gründung der Volksrepublik und konnte erst nach Tagen durch die Bewaffnete Volkspolizei (wu jing) beendet werden.

Die Unzufriedenheit liegt darin begründet, dass sich zunehmend mehr Bauern ihrer relativen Armut bewusst werden. Zwar geht es ihnen objektiv besser als in der Vergangenheit, gleichzeitig wachsen jedoch die Vergleichsmöglichkeiten und die Ansprüche. Die Unzufriedenheit wird durch die regionalen Disparitäten verstärkt: so besitzen viele Bauern Schwarz – Weiß – Fernseher, mit denen sie im Werbefernsehen die für sie unerreichbare neue Welt in Chinas Städten bewundern können (vgl. Bork, 1997: 67f). Schon Konfuzius sagte vor 2500 Jahren, dass Unruhen eher von Ungleichheit als von Armut herrührten (vgl. Ederer/Franzen, 1996: 262).

Angesichts der Tatsache, dass in China der Sturz vieler Dynastien mit Rebellionen der Landbevölkerung begonnen hat, reagierte die Zentralregierung in Peking nach der ersten Serie

von Ausschreitungen mit einer Reihe von Erlassen: „37 willkürliche Abgabenvorschriften wurden schleunigst wieder zurückgenommen, die zuvor von findigen Provinzkadern zur Bereicherung der eigenen Kassen eingeführt worden waren“ (Bork, 1997: 68).

4.2 Arbeitsbedingungen

Das Problem der Korruption schlägt sich jedoch nicht nur in der Einkommensdiskrepanz nieder, sondern auch in der Arbeitswelt. Insbesondere in den Sonderwirtschaftszonen gelten inhumane Arbeitsbedingungen und ereignen sich Arbeitsunfälle, die nicht zuletzt durch Bestechung von Verantwortlichen zustande kommen.

Beispielsweise wurden in einer Spielzeugfabrik in der SWZ Shenzhen die Notausgangtüren zugeschweißt, um den Diebstahl von Ware durch die Arbeiter zu verhindern. Bei der Inspektion erhielt der Feuerinspektor ein Bestechungsgeld von 600 Mark und nahm den Bau ab. Als wenig später ein Feuer ausbrach, erstickten alle 84 Arbeiterinnen (vgl. Bork, 1997: 52f.).

Erst nachdem die Anzahl der Todesfälle unter anderem durch Brandkatastrophen landesweit und auch im Ausland Aufsehen erregte, handelte die chinesische Regierung: „Die Probleme wachsen und wachsen. Erst wenn sie zu groß geworden sind und die Bevölkerung unruhig wird, dann antwortet die Regierung mit einer ‚Bewegung‘. Das Ziel ist dann die Beruhigung der Bevölkerung und nicht die Beseitigung des Problems“ (Bork, 1997: 55).

Einer der wegweisenden Untergrundgewerkschafter Chinas, Han Dongfang, sieht nicht mangelnde Vorschriften, sondern das Fehlen unabhängiger Gewerkschaften als Hauptgrund für die unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Schon seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik habe seiner Meinung nach die chinesische Regierung eine Politik betrieben, die eher ausländische Investoren als die chinesischen Arbeiter schütze. Eine Untersuchung von 307 Gemeinschaftsunternehmen in der Provinz Guangdong kam zu folgendem Ergebnis:

„Hohe Temperaturen in überfüllten Werkstätten mit ernster Luftverschmutzung und Lärmbelästigung; (...); in einer Kleiderfabrik in Zhuhai übernachteten 86 Menschen in einem 70-Quadratmeter-Schlafsaal; 108 Arbeiterinnen einer Elektroartikelfabrik schlafen zusammen in einem 100-Quadratmeter-Raum.“ (Bork, 1997: 55)

Es ist ersichtlich, worin die Gründe für die niedrigen Produktionskosten liegen, welche unter anderem als wichtiger Anreiz für ausländische Investoren gelten. Eine weitere Möglichkeit, niedrige Produktionskosten zu realisieren, ist die Zahlung niedriger Löhne. Verglichen mit anderen Ländern im asiatischen Wirtschaftsraum bildete China mit einem Arbeitslohn von

durchschnittlich 0,65 DM pro Stunde im Jahre 1993 das Schlusslicht unter den Billiglohnländern (vgl. Schüller, 2001: 1).

Bezüglich der Rekrutierung von Arbeitskräften haben die Unternehmen in den Sonderwirtschaftszonen die Befugnis, innerhalb der SWZ frei zu wählen. Danach beginnt eine Probezeit von bis zu sechs Monaten. In dieser Periode können die Arbeiter ohne jegliche Formalitäten entlassen werden. Bei einer Übernahme wird jedoch ein Vertrag zwischen dem Unternehmen und dem Arbeiter geschlossen. Doch auch während des Vertrages kann ein Arbeiter freigesetzt werden, indem das Unternehmen den Arbeitgeber mittels einer Entschädigung abfindet. Kündigt jedoch der Arbeiter vor Ablauf des Vertrages, so schuldet er dem Unternehmen die Einarbeitungskosten eines neuen Arbeiters (vgl. Knoth, 2000: 33).

Wie im Abschnitt 3.3.3 dargestellt wurde, wohnen in der SWZ Shenzhen 2,72 Millionen Personen mit beschränkten Aufenthaltsgenehmigungen. Mit der Regelung der temporären Arbeitserlaubnis im Zuge der Reformpolitik verwarf die chinesische Regierung – bezüglich der Staatsbetriebe nicht zuletzt aus Kostengründen – das jahrzehntelang geltende Prinzip der „Eisernen Reisschale“ (tie fanwan). Die Eisernen Reisschale steht symbolisch für die Unkündbarkeit des Arbeitsplatzes und für eine lebenslange Versorgung durch die Unternehmung (vgl. Bork, 1997: 92ff.). Seit der Gründung der Volksrepublik war beispielsweise die sogenannte „danwei“ – die staatliche Arbeitseinheit – für die medizinische Versorgung ihrer Mitarbeiter zuständig. Nun ist die Bevölkerung weitgehend selbst für ihre Gesundheitsvorsorge verantwortlich. Private Krankenversicherungen hat es jedoch in China in der maoistischen Ära nicht gegeben und erst im Rahmen der Wirtschaftsreformen bemüht sich die Regierung, ein Versicherungsnetz aufzubauen (vgl. Chen, 2001: 133ff.).

4.3 Umweltschutz

Schließlich gehört auch der Bereich der Umweltverschmutzung zu den Schattenseiten der „marktwirtschaftlichen Reformen“. Der seit den Reformen andauernde Wirtschaftsschub erhöhte die Anzahl der industriellen Produzenten und gleichzeitig die Masse kaufkräftiger Konsumenten. Damit stieg ebenfalls der Durchsatz an Rohstoffen und Energie in Produktion und Verbrauch, wodurch sich die Ressourcenausbeutung und die Umweltbelastung erhöhten (vgl. Betke, 2000: 329). Da die Sonderwirtschaftszonen als Synonym für den oben genannten Wirtschaftsschub gelten, stehen sie auch in direktem Zusammenhang mit der Zunahme der Umweltverschmutzung in China.

So wurden schon wenige Jahre nach Errichtung der SWZs Berichte veröffentlicht, in denen Umweltdelikte hauptsächlich im Bereich der Wasser- und Luftverschmutzung aufgeführt werden (vgl. Dinter, 1993: 81ff.). Eine im Jahre 1988 veröffentlichte Studie kam ebenso zu dem Schluss, dass die bisherige Planung und Kontrolle in Bezug auf die Umweltbelastung nicht ausreichte, um die Umweltverschmutzung in den SWZs einzudämmen (vgl. Lam, 1988: 54).

Daher wurden in einem ersten Schritt in den Bereichen Abwässer, Abgase und Abfälle Strafgebührentabellen erstellt. Diese Regelung hat sich jedoch als ungenügend erwiesen. Im Jahre 1996 lagen die Emissionsgebühren für Schwefeldioxid (SO₂) beispielsweise bei 200 Yuan pro Tonne SO₂. Die Entschwefelung von einer Tonne SO₂ kostete jedoch aufgrund der hohen Preise für importierte Entschwefelungsanlagen sowie der Aufwendung von Zöllen, Kommissionen und Gebühren zwischen 2000 und 3000 Yuan: „Industriemanager wie Kraftwerksdirektoren verhalten sich in diesem Falle betriebswirtschaftlich absolut rational, wenn sie die Emissionsgebühren bezahlen und auf den Einsatz von Minderungstechnologie verzichten“ (Betke, 2000: 339).

Weitere Probleme dieser Gebührenregelung sind zum einen die Schwierigkeit, den Verursacher eines Umweltdeliktens ausfindig zu machen, sowie zum anderen die Zielsetzung der SWZs. So ermöglicht diese, Kontrollen durch Absprachen oder Bestechung zu umgehen (vgl. Dinter, 1993: 81ff.): Folglich werden Umweltschutzmaßnahmen, die auf Kosten des Wirtschaftswachstums und des steigenden Wohlstandes gehen, nur nachrangig verfolgt, obwohl zahlreiche Umweltschutzrichtlinien und -standards existieren.

Dieses gilt insbesondere für den Bereich der umweltfreundlichen Energiepolitik. Beispielsweise wurden zu Beginn der achtziger Jahre Kohle-Rohstoffgebiete weitgehend ohne Rücksichtnahme auf negative externe Effekte erschlossen und neue Kohlekraftwerke errichtet. Denn „ohne die Erschließung natürlicher Ressourcen gibt es keine Energie und ohne Energie ist keine industrielle Produktion möglich“ (Taube/Gälli, 1999: 249). Noch im Jahre 1999 war die Kohle mit 75% der wichtigste Energieträger Chinas und hauptverantwortlich für die Luftverschmutzung (vgl. Taube/Gälli, 1999: 250). Durch diese Energiepolitik stiegen die Schwefeldioxid-emissionen seit der ersten Hälfte der Achtziger kontinuierlich an. Wurden im Jahre 1983 in China noch 12 Mio. Tonnen Schwefeldioxid emittiert, so waren es im Jahre 1995 schon knapp 19 Mio. Tonnen (vgl. Betke, 2000: 335f.). Hinzuzufügen ist, dass die volkswirtschaftliche Leistung, die in China aus einer Tonne Kohle herausgeholt wird, bei gerade einem Achtel des japanischen Vergleichswertes liegt (vgl. Loske, 1997: 16ff.).

Da die Kohle auch zukünftig der Hauptenergieträger bleiben wird, sollen zumindest technologische Innovationen einer besseren Wärmekraftwerkstechnologie sowie einem umweltfreundlichen Einsatz von Kohle dienen:

„Neue industrielle Produktionstechnologien werden dringend benötigt, um den Energieverbrauch zu reduzieren und die stark zugenommenen Umweltbelastungen zu verringern. Um die hierzu nötigen Technologien (...) zu erhalten, strebt die chinesische Regierung verstärk Kooperationen mit ausländischen Partnern – insbesondere im Bereich Luft- und Wasserverschmutzung – an.“ (Kögel/Gälli, 1997: 51)

Einen Großauftrag konnte die Siemens AG im Sommer 1996 für sich gewinnen. So errichtete die Siemens Solar-Gruppe in Shenzhen die größte Photovoltaikanlage Chinas. Insgesamt wurden 2064 Solarmodule auf einem neuen Produktionsgebäude montiert, die jährlich rund 140.000 kWh erzeugen. Dieser Wert entspricht jedoch lediglich 10% des Strombedarfes dieser Fabrik (vgl. Kögel/Gälli, 1997: 50f.).

Aufgrund des gewaltigen Energiebedarfs und der immensen Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke, legt die chinesische Regierung ebenfalls ein Augenmerk auf die Nutzung von Atomenergie. Eines der Kernkraftwerke befindet sich in unmittelbarer Nähe der Sonderwirtschaftszone Shenzhen. Dieses Kernkraftwerk, an dem das französische Unternehmen Framatome beteiligt ist, verfügt über zwei 900-Megawatt-Reaktoren und hat eine jährliche Generatorkapazität von 12,6 Megawattstunden (Kögel/Gälli, 1997: 50f.). 70% des produzierten Stroms gehen nach Hongkong, wodurch jedoch lediglich 20% des Strombedarfes von Hongkong gedeckt werden (vgl. Taube/Gälli, 1997: 265).

Neben der ineffizienten Nutzung von Energieressourcen, gibt es zahlreiche weitere Beispiele für schädigende Entwicklungen zu Ungunsten der Umwelt aufgrund des seit Anfang der achtziger Jahre geltenden Primats der Wirtschaft. Dazu zählen unter anderem die Müllproblematik, die Wasserverschmutzung und -knappheit oder der CO₂-Anstieg, welcher nicht zuletzt aus der steigenden Anzahl von Autos in China resultiert (vgl. Betke, 2000: 339). Es ist ersichtlich, dass die umweltpolitischen Entwicklungen in China einen maßgeblichen Einfluss auf den globalen Klimaschutz haben. Erst recht im Sinne einer globalen nachhaltigen Entwicklung können und müssen die Industriestaaten einen Beitrag leisten, indem sie „grüne Technologien nach China bringen“ (Loske, 1997: 16ff.).

Siemens zum Beispiel verbindet in einem Bericht über sein Engagement in China beide Aspekte – innovative Technologien und Verantwortung:

„Part of the company`s ongoing commitment to China is to satisfy increasing energy demands by improving efficiency through continual technological innovation as well as protecting the environment for the common good.“ (Siemens, 2000: 5)

Jedoch gibt es auch auf chinesischer Seite positive Entwicklungen zu verzeichnen. So gewann die Sonderwirtschaftszone Shenzhen im Dezember 2000 den internationalen Titel „Nation in Bloom“. Shenzhen konnte sich im Wettbewerb gegen 45 Städte aus 23 Ländern wie die USA, Australien, Japan oder die Niederlande durchsetzen.

„The annual Nation in Bloom competition (...) is the only international competition that involves urban environment management, eco-system protection, utilization of resources, relationship between people and nature, and continuous development. The five areas that this competition covers, that is, landscape improvement, relics management, practice in environmental protection, public participation and future planning.“ (Xiao, 2001:1ff.)

5. Resümee und Ausblick

Es ist deutlich geworden, dass die in den achtziger Jahren eingeleiteten Wirtschaftsreformen des Deng Xiaoping nicht nur für wirtschaftliche Erfolge, die Öffnung des Landes und die Transformation sowie die Modernisierung des chinesischen Wirtschaftssystems stehen, sondern auch unmittelbar im Kontext der Problematiken im sozialen und ökologischen Sektor zu betrachten sind.

Die Erfolgsseite wird dominiert von den rasanten wirtschaftlichen Entwicklungen. Durch den aktuellen Beitritt in die Welthandelsorganisation (WTO) wird der wirtschaftliche Erfolg auch zukünftig anhalten, denn in dieser weiteren Integration in die internationale Arbeitsteilung liegt ein beträchtliches Wachstumspotential für die chinesische Volkswirtschaft. Der Beitritt zur WTO sieht eine weitgehende außenwirtschaftliche Liberalisierung innerhalb von fünf Jahren, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen und der Telekommunikation vor. Weiterhin erfordert die WTO-Mitgliedschaft die Errichtung eines chinesischen Binnenmarktes und die Beseitigung der heute noch vielfach existierenden Marktzugangsbeschränkungen und der lokalen Monopole. Nach einer im Gegensatz zur ehemaligen Sowjetunion gradualistischen Reformierung der Wirtschaft – durch die Einführung der Sonderwirtschaftszonen – und der Errichtung weiterer Sonderzonen in der Folgezeit wird nun der gesamte chinesische Wirtschaftsraum einer Schocktherapie unterworfen. China verlässt folglich den gradualistischen Modernisierungspfad des „Schnupperkapitalismus“ (Gransow, 2000: 197), welcher „bislang die Stabilität des Wandels“ (Tang/Reisch, 1995: 25) garantierte.

Durch den Beitritt zur Welthandelsorganisation werden auf der einen Seite eine Reihe von exportorientierten Firmen ihre wahre Wettbewerbsfähigkeit ausspielen können, auf der anderen Seite wird das weitere Vordringen ausländischer Unternehmen auf dem heimischen Markt jedoch viele chinesische Unternehmen zu radikalen Umstrukturierungsmaßnahmen zwingen. Trotz prognostiziertem kurzfristigen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wird der WTO-Beitritt langfristig zu einer Wohlfahrtssteigerung führen (vgl. Kreft, 2000: 23).

Zentrale Aufgabe der Politik wird es sein, diese Umstrukturierung sozial abzufedern. Gelingt China diese Aufgabe nicht und führt die wachsende soziale Unzufriedenheit zu einer Gefährdung des Herrschaftsmonopols der Kommunistischen Partei, so wird mit einem Abbruch der durch einen WTO-Beitritt verstärkten Liberalisierung gerechnet. Die aufgeführte Polarisierung von Arm und Reich sowie von Stadt und Land prägen die

Unzufriedenheit maßgeblich. Um die sich daraus ergebende Gefährdung des Herrschaftsmonopols zu verringern, hat Chinas Führung Reformen in den Hauptbereichen sozialer Sicherung, d.h. Arbeitslosen- und Altersversicherung, Krankenversicherung, sozialer Dienst und Wohnraum, auf den Weg gebracht. Darüber hinaus gibt es seit dem Jahre 1993 in den städtischen Regionen Sozialversicherungsämter, die sich mit der organisatorischen Umsetzung der Sozialversicherungsregelungen befassen. Allerdings wurden diese Reformmaßnahmen nur mit lokalen Experimenten eingeführt. Gleiches gilt für den Aufbau einer unternehmensunabhängigen Arbeitslosen- und Rentenversicherung, der sich aufgrund knapper Finanzmittel und fehlender Erfahrungen nur schleppend vollzieht (vgl. Fischer et al., 1996: 325ff.).

Ein weiterer Punkt, der zu Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung führt, sind die aufgeführten Arbeitsbedingungen. Allerdings sind die Arbeiter nicht mehr bereit, sich diese auf Dauer gefallen zu lassen. So wurden in den Jahren 1993 und 1994 in Hongkonger Zeitungen mehrmals chinesische Regierungsdokumente veröffentlicht, in denen von mehreren tausend Streiks im ganzen Land die Rede war (vgl. Bork, 1997: 56f.). Grundsätzlich ist es in der Volksrepublik nicht erlaubt, zu streiken. Ebenso sind unabhängige Gewerkschaften verboten, die sich für die Rechte der Arbeiter und nicht für die der ausländischen Investoren einsetzen könnten. Aus diesen Gründen kommt den ausländischen Unternehmern und Investoren eine besondere Verantwortung zu, trotz mangelnder Arbeitsschutzbedingungen soziale Standards und Sicherheitsvorkehrungen auf Industrielandniveau einzuführen.

Die Verantwortung ausländischer Investoren ist jedoch ebenfalls im Umweltbereich besonders wichtig, denn auch in diesem Bereich mangelt es an ausgebildeten Fachleuten. Das Beispiel der Solaranlage von Siemens zeigt, dass sich westliche Unternehmen dieser Verantwortung stellen. Wie auch Siemens, so stellt sich auch der Elektronikkonzern ABB dieser nachhaltigkeitspolitischen Verpflichtung: „Es ist unsere Verantwortung, die Erfahrungen unserer eigenen Industrialisierung sowie effizient und saubere Technologie an sie zu transferieren“ (Krott, 1999: 55). Als weltweit operierendes Unternehmen in der Energietechnik verspricht ABB seinen Kunden, deren Energieleistungen zu verbessern und die Umweltbelastung nachhaltig zu reduzieren (vgl. Krott, 1999: 55ff.). Sowohl Siemens, als auch ABB sind ebenfalls an dem Bau des größten Staudammes der Welt bei den drei Yangtze-Schluchten beteiligt. Folglich ist es auch in China möglich, durch moderne Technologien sowohl Ressourcen effizienter zu nutzen, als auch erneuerbaren Energieträgern

mehr Gewicht zukommen zu lassen. Denn „China hat nahezu unbegrenzte Wind-, Sonnen- und Gezeitenenergieressourcen“ (Taube/Gälli, 1997: 261).

Dieses ist nicht nur vorteilhaft für die Umwelt, sondern auch für das Wirtschaftswachstum. Globale Schätzungen deuten beispielsweise an, dass ein Großteil des Wirtschaftswachstums von der Umweltzerstörung „aufgefressen“ wird: „Umweltprobleme verursachen danach jährlich Kosten von 8 bis 15% des Bruttosozialprodukts“ (Betke, 2000: 356).

Ein weiteres Argument für die effizientere Nutzung der Ressourcen ist Chinas grundsätzliches Problem der Knappheit an natürlichen Ressourcen. Dabei ist nicht zu vergessen, mit welcher Größenordnung China konfrontiert ist. So benötigte die VR China allein für die 125–130 Millionen Chinesen, die in den neunziger Jahren geboren wurden, im Jahre 2000 soviel Primärenergie, wie Indien und Brasilien 1990 zusammengenommen erzeugten, und der zusätzliche Bedarf an Zement und Stickstoffdünger entsprach der Jahresproduktion Japans. Schließlich musste ein zusätzlicher Wasserbedarf in einer Größenordnung gedeckt werden, die der Frischwasserentnahme von Deutschland und Frankreich zusammen entsprach (vgl. Betke, 2000: 325). Sofern die Wirtschaft jedoch mit der derzeitigen Geschwindigkeit weiterwächst, so wird über kurz oder lang ein Mangel in verschiedenen Bereichen auftreten. In diesem Fall wird China zum Importland und „die Weltwirtschaft schlüpft (..) in die Rolle des Rohstofflieferanten für die VR China“ (Song, 2000: 324). In diesem Kontext wird die Bedeutung der Sonderwirtschaftszonen als Intermedium zwischen China und den Weltmärkten zunehmen, da zahlreiche ausländische Unternehmen von hier aus ihre Chinaaktivitäten – eventuell in Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern – steuern werden.

Die Weltwirtschaft bietet der Volksrepublik nicht nur Finanzhilfen, Beratungen und Ratschläge bei der Wirtschaftsreform an, sondern ist ihr auch Markt und Technologiegeberin zugleich. Die chinesische Führung hat erkannt, dass sich das Modernisierungsprogramm der Wirtschaft nicht ohne eine noch weitere Einbindung Chinas in die Weltwirtschaft erreichen lässt. China hat sich vom Objekt zum ernstgenommenen Subjekt und Akteur der Weltpolitik entwickelt. Doch China wird seinen ihm gebührenden und prognostizierten Rang als Weltmacht nur einnehmen, wenn es ihm gelingt, die Konfliktpotentiale zu lösen, die aktuell in der aufgeführten Disharmonie der Bereiche Wirtschaft, Soziales und Umwelt liegen.

So lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Veränderungen auf dem chinesischen Markt nicht nur das Leben der Menschen in China, sondern das aller Mitwirkenden beeinflusst haben und somit Konsequenzen für die ganze Welt haben werden. Napoleons Prognose

„Wenn sich China erhebt, erzittert die Welt“ (Krott, 1999: 205) erhielt eine neue Bedeutung mit den eingeleiteten Entwicklungen des Deng Xiaoping und der Errichtung der Sonderwirtschaftszonen in China.

Literaturverzeichnis

- Ahrens, J.; Meyer-Baudeck, A.**, „Special Economic Zones: Shortcut or Roundabout Way Towards Capitalism?“, in: *Intereconomics*, Volume 30, Baden- Baden, 1995; S. 87-95
- Arthur Andersen**, „The People`s Republic of China, Perspectives II“, Hongkong, 1986
- Betke, D.**, „Umweltkrise und Umweltpolitik“, in: Herrmann-Pillath, C.; Lackner, M. (Hrsg.), „Länderbericht China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum“, Bonn, 2000, S. 325-357
- BFAI**, Rechtsinformationen, Berichte und Dokumente zum ausländischen Wirtschafts- und Steuerrecht, Nr. 202, Köln, 1986
- Bork, H.**, „Chinas Wirklichkeiten – ein ausgewiesener Reporter berichtet“, 2. Ausgabe, Frankfurt, 1997
- BPB**, Informationen zur politischen Bildung, Nr. 198: „Die Volksrepublik China“, Bonn, 1990
- Chen, H.**, „Kultur Schock“, 4. Aufl., Bielefeld, 2001
- Chu, D.K.Y.**, „The cost of the four SEZs to China“, in: *Economic Reporter* Nr. 5, Hongkong, 1982, S. 18-20
- Cremer, R.D.**, „Von der Industriezone Shekou zur Öffnung des Küstengebietes“, in: Louven, E. (Hrsg.), 1989: „Chinas Wirtschaft zu Beginn der 90er Jahre“, Hamburg, 1989, S. 283-309
- CSY**, China Statistical Yearbook 1998, Beijing, 1998
- Deutsche Bank**, „Kurstabelle“, Kassel, 18.2.2002
- Dinter, W.K.**, „Die Entwicklung der südchinesischen Stadt und Sonderwirtschaftszone Zhuhai (1980-1990)“, Hamburg, 1993
- Ederer, G.; Franzen, J.**, „Der Sieg des himmlischen Kapitalismus“, Landsberg/Lech, 1996
- Fischer, D. et al.**, „Reformen und Entwicklungen der sozialen Sicherung in der VR China“, in: Schinke, E., Hong, Z. (Hrsg.), „Ordnungsreform und Entwicklung der chinesischen Wirtschaft in den 90er Jahren“, Berlin, 1996, S. 325-369
- Friedrich, S.**, „Reform- und Öffnungspolitik“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 119-130
- Gransow, B.**, „Soziale Polarisierung: die neuen Reichen und die neuen Armen“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 189-192
- Heilmann, S.**, „Das politische System“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 78-98
- Herrmann-Pillath, C., Lackner, M.**, „Länderbericht China“, Kartentasche, Nr.5 „Wirtschaft“, Bonn, 2000
- Knoth, C.**, „Special Economic Zones and Economic Transformation – The Case of the People`s Republic of China“, Konstanz, 2000
- Kögel, P.; Gälli, A.**, „Großchina auf dem Weg zum High-Tech-Standort“, München, 1997
- Kreft, H.**, „China – die kommende Großmacht“, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 15. 12. 2000, Bonn, 2000, S.21-29

- Kremb, J.**, „Reportagen aus China – Einblicke in die Volksrepublik, Taiwan, Hongkong und Tibet“, Hamburg, 1987
- Krott, M.F.**, „Marktmacht China – Global Players lernen das Schattenboxen“, Wien, 1999
- Kuntze, P.**, „China – Supermarkt 2000?“, Frankfurt am Main, 1979
- Lam, K.**, „Environmental Planning under Uncertainty: Formulating a Strategy for China`s Special Economic Zones“, Hongkong, 1988
- Li, F.; Li, J.**, „Foreign Investment in China“, Houndmills, 1999
- Loske, R.**, „Heizt China den Planeten auf?“, in: Greenpeace Magazin Nr.3, Hamburg, 1997, S. 16-23
- Mondejar, R.**, „Hong Kong and Guangdong: a case of organizational integration“, München, 1994
- Oborne, M.**, „China`s Special Economic Zones“, Paris, 1986
- Park, J.**, „The Special Economic Zones of China and Their Impact on Its Economic Development“, Westport, 1997
- Schüller, M.**, „Das chinesische Wirtschaftssystem“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 135-144
- Schüller, M.**, „Ziele und Instrumente der Wirtschaftspolitik“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 145-157
- Schüller, M.**, „Regionalpolitik“, in: Staiger, B. (Hrsg.), „Länderbericht China – Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur“, Darmstadt, 2000, S. 167- 170
- Schüller, M.**, „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswachstum“, Bonn, 2001
- Siemens Ltd. China**, „Committed to the Future – Siemens in China“, Beijing, 2000
- Song, X.**, „Der chinesische Wirtschaftsraum als Faktor in der Weltwirtschaft“, in: Herrmann-Pillath, C.; Lackner, M. (Hrsg.), „Länderbericht China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum“, Bonn, 2000, S. 302-324
- SSC**, Statistical Survey of China 1997, Beijing, 1997
- SZSYB**, Shenzhen Statistical Yearbook 1998, Peking, 1998
- Tang, Z., Reisch, B.**, „Erfolg im China-Geschäft“, Frankfurt, 1995
- Taube, M.; Gälli, A.**, „Chinas Wirtschaft im Wandel – aktuelle Aspekte und Probleme“, München, 1997
- Taubmann, W.**, „Naturräumliche Gliederung und wirtschaftsgeographische Grundlagen“, in: Herrmann-Pillath, C.; Lackner, M. (Hrsg.), „Länderbericht China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im chinesischen Kulturraum“, Bonn, 2000, S.31-57
- Vetter, H.F.**, „Chinas neue Wirklichkeit: Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nach Mao“, Frankfurt am Main, 1983
- Wong, K-Y; Chu, D.K.Y.**, „Modernization in China – The case of the Shenzhen Special Economic Zone“, Hongkong, 1985
- Xiao, Y.**, „Shenzhen Investment Guide“, Shenzhen, 2001
- Zhou, E.**, „Warum importiert China technische Anlagen?“, in: Pekinger Rundschau Nr. 26, Peking, 4.7.1978, S. 20